

Nachmittagssitzung

(Montag, 30. Juni 1947, 15.00 Uhr)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*, Nürnberg: Die Beratungen des Parteitagcs sind wieder eröffnet.

Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung:

Als erster Redner hat das Wort der Genosse *Erich Ollenhauer*.

Berichterstatter *Erich Ollenhauer*, Hannover: Genossen und Genossinnen! Die zu diesem Punkt der Tagesordnung vorgesehenen Referate der einzelnen Genossen des geschäftsführenden Vorstandes sind von uns nicht als Hauptreferate gedacht. Sie sollen sich auf mündliche Ergänzungen zu dem schriftlich vorliegenden Bericht des Parteivorstandes über die Arbeit der Partei im Jahre 1946 beschränken. Ich möchte als erster Redner in dieser Reihe mit gutem Beispiel vorangehen und möchte mich auf einige Bemerkungen beschränken, die zum Teil nicht Ergänzungen sind, sondern Wünsche und Anregungen für den Ausbau unserer Arbeit auf organisationspolitischem Gebiet.

Aus dem Arbeitsbericht geht hervor, daß es unserer Partei in dem Jahr der Arbeit seit dem Parteitag in Hannover gelungen ist, trotz aller Schwierigkeiten auf dem Wege der Entwicklung der Partei zu einer organisatorischen und politischen Einheit ein gutes Stück voranzukommen. Trotzdem sind wir im Parteivorstand mit den bisherigen Resultaten dieser Arbeit nicht voll zufrieden. Wir glauben, daß der organisatorische Stand, der sich günstig entwickelt hat und über den Genosse *Nau* noch einiges sagen wird, allein noch nicht ausreicht, um eine volle Aktionsfähigkeit der Partei zu erreichen, daß wir dahin kommen, die in der Partei zusammengeführten Mitglieder zu einer wirklichen Aktionsgemeinschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten heranzubilden. Wir haben das im vergangenen Jahr auf verschiedenen Wegen versucht.

Wir haben vor allen Dingen den Versuch unternommen, durch Schaffung einer Reihe von Fachausschüssen aus Vertretern der Partei aus allen Teilen des Reiches, die auf den einzelnen Arbeitsgebieten über spezielle Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die Grundlagen der praktischen Arbeit und der zentralen politischen Ausrichtung zu erarbeiten, die wir für unsere politische Tätigkeit brauchen. Sie finden in dem Arbeitsbericht eine Übersicht über die Fachausschüsse und über ihre bisherige Tätigkeit. Wir haben die Absicht, die Entwicklung auf diesem Gebiet auch in der Zukunft mit allem Nachdruck zu fördern, selbstverständlich immer mit der Begrenzung, daß sich in diesen Fachausschüssen und auf den einzelnen Fachgebieten unserer Arbeit nun nicht etwa ein selbständiges organisatorisches oder politisches Leben entwickelt, sondern daß diese Fachausschüsse immer ein Teil der Gesamtarbeit bleiben und daß sie ihr Ziel darin sehen, der Gesamtpartei für ihre praktische Arbeit die notwendigen sachlich fundierten Unterlagen zu schaffen.

Wir sind in den letzten Monaten auf dem Gebiet dieser Zusammenfassung unserer Arbeit noch ein Stück weiter gegangen. Wir haben heute in den Ländern der drei Westzonen und in Berlin Parlamente, die aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangen sind. Die Sozialdemokratie spielt in allen diesen Ländern eine entscheidende Rolle. Die Funktionen und Rechte dieser Länderparlamente sind im Laufe des Jahres erweitert worden. Eine Reihe von Aufgaben ist durch Verordnungen der Militärregierungen in die Selbstverwaltung der deutschen Länderregierungen übergegangen. Damit gewinnt die parlamentarische Arbeit der sozialdemokratischen Länderfraktionen eine erhöhte Bedeutung. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, daß sich diese Arbeit unserer Fraktionen in den einzelnen Länderparlamenten in den großen Linien auf der Grundlage unserer einheitlichen Vorstellungen als Sozialdemokratische Partei Deutschlands entwickelt.

Wir haben deshalb auf der Tagung in Frankfurt am Main, Ende Mai 1947, auf der neben dem Parteivorstand auch alle führenden Genossen der Länderregierungen und Länderparlamente vertreten waren, beschlossen, daß wir neben den Organi-

sationskörperschaften der Partei einen besonderen Arbeitsausschuß bilden aus je zwei Vertretern der einzelnen sozialdemokratischen Länderfraktionen und aus dem jeweils führenden sozialdemokratischen Minister, soweit wir an den Länderregierungen beteiligt sind.

Wir glauben nach den Erfahrungen der ersten Sitzung dieses Ausschusses, die sich insbesondere mit unserer Arbeit in dem kommenden Wirtschaftsrat beschäftigte, daß wir hier eine Arbeitsgemeinschaft entwickeln können, die es uns ermöglicht, in den Fragen der Länderpolitik eine einheitliche Auffassung in allen sozialdemokratischen Fraktionen der Länderparlamente und in den Parlamenten selbst durchzusetzen.

Durch die Bildung des Wirtschaftsrates für die britische und amerikanische Zone ist zum ersten Male eine Einrichtung geschaffen worden, die auch durch die direkte Vertretung der Parteien über die Zonengrenzen hinausgeht. Wir haben im Wirtschaftsrat eine sozialdemokratische Fraktion, die aus Vertretern der Partei aus den beiden Zonen besteht. Auch hier wird es unsere Aufgabe sein, das gemeinsame politische Bewußtsein der Partei zu entwickeln. All diese Bestrebungen sind geboren aus der außergewöhnlichen Situation, die durch die Aufteilung Deutschlands in Zonen entstanden ist. Aber unsere Auffassung ist es, daß wir als SPD nicht nur in der Idee die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands vertreten wollen, sondern daß wir sozusagen als Vorstufe für den staatsrechtlichen Zustand, den wir anstreben, in unserer eigenen praktischen politischen Arbeit eine solche Einheit herbeizuführen suchen.

Das ist die eine Bemerkung, die ich als Ergänzung zum politischen Teil des Jahresberichtes machen möchte. Die zweite Bemerkung bezieht sich auf ein spezielles Gebiet unserer organisationspolitischen Arbeit, das in den letzten Monaten erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Es ist unsere Auffassung im Parteivorstand, daß wir vor der dringenden Notwendigkeit in unserer Partei stehen, die Betriebsarbeit zu aktivieren, daß wir dazu kommen müssen, besondere Betriebsgruppen unserer sozialdemokratischen Parteimitglieder zu bilden und diese Betriebsgruppen in einer Weise zu aktivieren, daß die sozialdemokratischen Vorstellungen und Auffassungen unter den Belegschaften der Betriebe nicht nur in der Verteidigung gegen politisch feindliche Strömungen, sondern aktiv und effektiv vertreten werden. Es ist unser Wunsch, daß alle Teile der Partei in der nächsten Zukunft dem Ausbau der sozialdemokratischen Betriebsarbeit ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden. Wir haben die Absicht, im Parteivorstand für all diese Fragen ein besonderes Referat zu schaffen, das die Aufgabe haben soll, den Genossen in den Bezirken und Ortsvereinen beim Auf- und Ausbau in dieser Betriebsarbeit behilflich zu sein. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag in der Beurteilung der Bedeutung dieses Teiles unserer Arbeit mit uns übereinstimmt.

Dann ein dritter Punkt. Sie haben aus dem Jahresbericht ersahen, daß die Partei in dem letzten Jahre die Zahl der Ortsvereine wesentlich hat erhöhen können, daß wir heute unsere Parteilongorganisation im Westen in viel breiterem Maße verankert haben, als das vor 1933 der Fall war. Das ist der eine Punkt. Der andere ist der, daß die Partei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens vor eine solche Vielzahl von Aufgaben gestellt wird, daß wir immer wieder bei der Durchführung dieser Aufgaben und bei der Erziehung der neugewonnenen Parteimitglieder vor dem Problem stehen, wo wir die geschulten und erfahrenen Funktionäre hernehmen sollen, die wir für diese Arbeit brauchen. Es muß Aufgabe der Partei im nächsten Jahre sein, auf dem Gebiete der politischen Funktionärschulung in der Partei wesentlich mehr zu tun, als wir in der Vergangenheit getan haben. (Sehr richtig!) Wir hatten die Absicht, auch hier durch zentrale Einrichtungen mitzuhelfen. Wir wollten nicht nur die zentralen Funktionäre in den Bezirken und Unterbezirken zu Kursen zusammenfassen, die vom Parteivorstand selbst durchgeführt werden, sondern unsere Pläne gehen auch dahin, Kursleiter für Bezirks- und Unterbezirkskurse und Schulungsleiter auf den wichtigsten Gebieten unserer politischen Arbeit durch zentrale Bildungsstätten der Partei heranzubilden. Die Schwierigkeiten, die uns bisher daran gehindert haben, dieses Werk bereits in Angriff zu nehmen, liegen

ausschließlich auf technischem Gebiet. Wir haben bisher nicht die geeigneten Räumlichkeiten und die notwendigen Einrichtungsgegenstände herbeischaffen können, die wir für eine oder mehrerer solcher zentralen Parteischulen benötigen. Aber das Problem drängt, und wir müssen in sehr kurzer Zeit zu einer positiven Lösung kommen, weil wir sobald als möglich wieder einen Funktionärstab haben müssen, der nicht nur in der Lage ist, die technischen und organisatorischen Angelegenheiten, die die Aufrechterhaltung der Organisation erfordert, erfüllen zu können, sondern der auch in der Lage ist, die politische Schulungs- und Erziehungsarbeit an unseren Mitgliedern auf der breitesten Basis durchzuführen. Wir werden in der Zukunft noch in schwere Kämpfe und Situationen kommen. Es kommt dann darauf an, daß alle unsere Mitglieder nicht nur aus einem Gefühl der Treue oder aus einem konservativen Gefühl bei der Partei bleiben, sondern aus innerster Überzeugung auch dann für die Idee der Partei aktiv wirken, wenn man diese Ideen im Kampf gegen äußere und innere Schwierigkeiten durchsetzen muß. Das erfordert ein hohes Maß von politischer Einsicht und von politischer Schulung, das wir nur durch eine intensive Erziehungsarbeit schaffen können.

Zum Schluß eine letzte Bemerkung. Ich nehme Bezug auf die Schlußbemerkungen von Dr. Kurt Schumacher heute mittag über das Problem der jungen Generation in Deutschland und in der Partei. Wir haben auf dem Parteitag in Hannover einstimmig der Beschluß gefaßt, innerhalb der Partei die jungen Parteigenossinnen und -genossen zu jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen. Wir sind im ersten Jahr dieser Arbeit ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben heute etwa 30 000 junge Parteigenossen in diesen Gruppen organisiert. Auf der ersten zentralen Tagung der Jungsozialisten in Gelsenkirchen hat sich gezeigt, daß in dieser jungen Parteimitgliedschaft ein guter aktiver sozialdemokratischer Geist lebt. Ich glaube, daß wir mit der Arbeit auf diesem Gebiet auf dem richtigen Wege sind. Aber zunächst einmal ist bis jetzt nur ein Teil unserer jungen Parteimitglieder in diesen Gruppen erfaßt. Es bleibt also innerhalb der Partei noch viel zu tun, um diese junge Parteimitgliedschaft zu aktivieren.

Zum anderen aber ist die Arbeit der jungsozialistischen Gruppen nicht Selbstzweck, sie ist auch nicht der Inhalt einer selbständigen Organisation. Die Jungsozialisten sind ein Teil der Partei, und ihre Erziehungsarbeit hat kein anderes Ziel, als die jungen Genossinnen und Genossen durch die Schulung und durch die kulturelle Arbeit an die praktische Arbeit der Partei heranzuführen.

Dazu gehört die Bereitschaft, die praktische, organisatorische und politische Kleinarbeit in der Partei zu übernehmen. Es gehört aber auch dazu der gute Wille der Parteiorganisation selbst, diesen Jungen Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Wenn wir die vielfachen Erfahrungen auf diesem Gebiete im letzten Jahre Revue passieren lassen, ist unser Gefühl, daß es zwar einen objektiven Mangel an Funktionären gibt, daß es aber auch schon wieder zahlreiche Fälle gibt, in denen dieser Mangel dadurch künstlich verschärft wird, daß Genossinnen und Genossen, die bereits viele Funktionen haben, nicht bereit sind, jungen Menschen Aufgaben anzuvertrauen. (Sehr richtig!) Es hilft nichts, wenn wir diesen jungen Menschen zagen, was sie selbst wissen, daß sie in den zwölf Jahren der politischen Abschmürung viele Erfahrungen von dem Funktionieren einer demokratischen Organisation nicht gewinnen konnten. Man kann aber diese Erfahrung nicht allein gewinnen am grünen Tisch, in Kursen und Arbeitsgemeinschaften, man muß sie sich auch erarbeiten können in der täglichen praktischen Arbeit, in verantwortungsvollen Funktionen der Partei, und diese Schulungsmöglichkeit für junge Menschen, die die Fähigkeiten und den guten Willen haben, müssen wir in der Partei in der Zukunft viel mehr erschließen, als das bisher der Fall war. Es genügt nicht, daß wir das Problem der jungen Generation von heute immer wieder aufzeigen und den positiven Standpunkt der Sozialdemokratie herausstellen. Die beste überzeugende Darstellung unserer positiven Gesichtspunkte im Verhältnis zur Jugend wird sein, wenn wir durch die immer stärkere Heranziehung von jungen Menschen beweisen, daß die Sozialdemokratische Partei durch die Zusammensetzung ihrer Vertrauensleute und Funktionäre tatsächlich eine Partei ist, in der jung und alt sich zu einer echten

Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben. Mein Appell an den Parteitag geht also dahin, daß wir in dieser Richtung, in dieser zukunftsweisenden und bedeutungsvollen Richtung, im nächsten Jahre noch einen großen Schritt voranzukommen versuchen.

Im übrigen haben wir den Genossinnen und Genossen einen schriftlichen Bericht über die Arbeit des Parteivorstandes und seiner Einrichtungen im Jahre 1946 zur Verfügung gestellt. Mit meinen ergänzenden Bemerkungen unterliegen diese schriftlichen Mitteilungen jetzt der Kritik und der Entscheidung des Parteitages. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Lofmann*: Als zweiter Redner hat das Wort Genosse *Alfred Nau*.

Alfred Nau, Hannover: Die ersten Maßnahmen, die getroffen werden konnten, um aus den unzähligen vielen kleineren und größeren illegalen sozialdemokratischen Widerstandsgruppen eine neue legale Organisation zu bauen, liegen fast zwei Jahre hinter uns. Die Träger dieser Arbeit waren vornehmlich die Funktionäre, die sich vor 1933 und während der Herrschaft der Naziverbrecher im Kampf bewährt hatten. Unter ihnen befanden sich in großer Zahl die jüngeren Kräfte, die vor 1933 als Mitglieder und Helfer in der sozialistischen Arbeiterjugend tätig waren, gerade sie gehörten zu den aktivsten Kämpfern gegen das Dritte Reich. Ein erheblicher Teil dieser früheren Jugendgenossen sind heute gute Funktionäre der Partei und bekleiden sehr oft verantwortliche Positionen. Die Aufgabe der Funktionäre, eine neue und legale Organisation zu schaffen, war und ist riesengroß; es kam und kommt darauf an, der Partei einen festgefügtten Unterbau zu geben als Voraussetzung für die Durchführung des politischen Kampfes. Wenn wir heute die Ergebnisse betrachten, so dürfen wir sagen, daß große Leistungen vollbracht wurden.

Wir haben den Delegierten des Parteitages eine Zusammenstellung der 1946 organisatorisch und politisch geleisteten Arbeit in Form des Jahrbuches überreicht. Wir setzen damit eine gute Tradition der Partei fort. Erstmals wurde der Bericht des Parteivorstandes in Form eines Jahrbuches dem Parteitag 1927 in Kiel überreicht. Es ist ein Beweis von Kraft und Stärke, wenn wir somit in aller Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen. Sie ersuchen aus dem Jahrbuch, daß die Partei am 31. Dezember 1946 rund 712 000 Mitglieder zählte. Diese gute Entwicklung der Mitgliederbewegung hat auch in den hinter uns liegenden Monaten von 1947 angehalten. Am 31. März 1947 betrug die Mitgliederzahl in den Westzonen — einschließlich Berlin — 782 000. Wenn wir uns daran erinnern, daß wir zum Parteitag 1946 in Hannover eine halbe Million Mitglieder noch nicht erreicht hatten, so ist damit die Größe des Erfolges beschrieben. Innerhalb eines Jahres haben wir 300 000 neue Mitglieder gewonnen. Inzwischen ist ein weiteres Vierteljahr vergangen. Da dieses Quartal erst heute abgeschlossen wurde, haben wir noch keine endgültigen Zahlen über den gegenwärtigen Stand der Mitgliederbewegung, jedoch beweisen uns die bereits vorliegenden Berichte, daß mit dem 30. Juni 1947 weit über 800 000 Menschen politisch in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisiert sind. Diese soeben genannten Zahlen werden erst besonders interessant, wenn wir sie mit den Ergebnissen sozialdemokratischer Organisationsarbeit vor 1933 vergleichen. Da das Jahr 1931 mit die besten Ergebnisse in der Arbeit unserer Organisation brachte, eignet sich zweifellos 1931 besonders gut für solche Gegenüberstellungen. Gegenüber 1931 mit 602 000 Mitgliedern in den Gebieten der jetzigen Westzonen betrug der Mitgliederzuwinn am 31. März 1947 180 000, das bedeutet eine Steigerung um 30 Prozent. Selbstverständlich müssen bei solchen Betrachtungen Bevölkerungsverschiebungen berücksichtigt werden. Die Westzonen haben einige Millionen Flüchtlinge aufnehmen müssen, aber das Anwachsen der Partei ist weit aus stärker und größer als der prozentuale Zugang der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal auf den Kieler Parteitag 1927 aufmerksam machen. Damals berichtete *Konrad Ludwig* über 824 000 Mitglieder im gesamten Reichsgebiet. Wenn ich nun hier vor dem Nürnberger Parteitag berichten kann,

daß mit dem 30. Juni 1947 diese Zahlen allein in den Westzonen nicht nur eingeholt, sondern überschritten sind, dann ist das der stärkste Beweis für unsere Feststellung, daß die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine überraschend starke Aufwärtsentwicklung genommen hat. Ergänzend füge ich hinzu, daß am 1. April 1946 in der russisch besetzten Zone ohne Berlin 550 000 organisierte Sozialdemokraten vorhanden waren. Wir haben im Jahrbuch über die z. T. unterschiedliche Entwicklung der Mitgliederbewegung in den Bezirken aufmerksam gemacht, so daß ich mich hier auf wenige Bemerkungen beschränken kann. Ich will einige Beispiele für die ungeheuren Leistungen unserer Funktionäre geben und führe deshalb nur vier Bezirke aus drei Zonen an.

Der Bezirk Pfalz in der französischen Zone steigerte gegenüber 1931 seine Mitgliederzahl um 49 Prozent, obwohl dieses Gebiet weniger Einwohner zählt als 1931.

In der amerikanischen Zone ist die Entwicklung des Bezirkes Kassel bemerkenswert. Er zählt heute 10 000 Mitglieder mehr und gewann 78 Prozent.

Die politische Entwicklung des schwerindustriellen Ruhrgebietes ist nicht nur für die britische Zone, sondern darüber hinaus für alle Zonen von entscheidender Bedeutung. Es wird deshalb auch für uns wichtig sein, festzustellen, wie stark im Ruhrkohlengebiet die Sozialdemokratische Partei ist. Parteipolitisch wird dieses Gebiet durch die Bezirke Niederrhein mit dem Sitz in Düsseldorf und Westliches Westfalen mit dem Sitz in Dortmund betreut und bearbeitet.

Der Bezirk Niederrhein hat heute gegenüber 1931 330 000 Einwohner weniger, konnte jedoch seine Mitgliederzahl um 20 000 erhöhen und hat somit einen Gewinn von 74 Prozent zu verzeichnen.

Noch stärker sind die Erfolge im Bezirk Westliches Westfalen. Gegenüber 1931 haben in der Bevölkerungsbewegung keine wesentlichen Verschiebungen stattgefunden, die Gesamtzahl der Bevölkerung hat sich nicht erhöht. Die Partei steigerte jedoch gegenüber 1931 ihre Mitgliederzahl um 165 Prozent, damit steht Westliches Westfalen mit rund 90 000 Mitgliedern an der Spitze aller Bezirke.

Daß die Partei heute ohne jeden Zweifel viel stärker im Volk verankert ist, beweist auch die Entwicklung der Ortsvereine. Am 31. März 1947 bestanden in den Westzonen 8586 Ortsvereine, d. h., daß heute in 3334 Gemeinden der Westzonen Ortsvereine der Partei arbeiten, in denen es früher keine SPD gab. Diese Zahlen beweisen uns, daß wir bei dem Kampf um das flache Land einen tiefen Einbruch erzielt haben. Dieser riesige Gewinn zeigt, wie groß das Neuland ist, das bereits erobert wurde und zeigt uns andererseits die Verpflichtung, noch intensiver gerade die kleinen Orte und Dörfer zu bearbeiten. Bei den Neugründungen von Ortsvereinen führen nachfolgende Bezirksorganisationen:

Schleswig-Holstein mit	. 642 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	192 Prozent
Hannover mit 1076 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	120 Prozent
Westliches Westfalen mit	. 621 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	71 Prozent
Braunschweig mit 301 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	61 Prozent

und die Bezirke Oberbayern-Schwaben mit insgesamt 411 Ortsvereinen und einem Gewinn von 190 Prozent.

Bei der Neugewinnung von Ortsvereinen war sehr stark die aktive Arbeit von Flüchtlingen und Evakuierten festzustellen, das gilt insbesondere für die zuletzt genannten Bezirke Oberbayern und Schwaben, hier haben sozialdemokratische Flüchtlinge aus dem Sudetenland wesentlich zum Ausbau der Parteiorganisation beigetragen.

Nach dieser Übersicht über die Entwicklung der Organisation will ich einige Worte über die finanziellen Leistungen der Mitglieder und Beiträge der Bezirksorganisationen an den Parteivorstand sagen. Die Beitragsleistungen der Mitglieder sind sehr gut. Im vierten Quartal betrug die durchschnittliche Beitragsleistung im Rahmen der Gesamtpartei 81,5 Prozent. Diese durchschnittliche Beitragsleistung erhöht sich im ersten Quartal 1947 auf 98 Prozent. Die Angaben beweisen,

daß es sich bei den über 800 000 zählenden Mitgliedern nicht um Papiersoldaten, sondern um wirklich zahlende, also echte Mitglieder handelt.

Die Beitragsverpflichtungen der Bezirke gegenüber dem Parteivorstand sind durch Bestimmungen im Statut der Partei und durch Beschlüsse des Parteiausschusses festgelegt. 1946 erhielt der Parteivorstand 492 000 RM als Beiträge der Bezirke. Bis zum 20. Juni 1947 betragen die Beitragseingänge beim Parteivorstand bereits rund 565 000 RM. Wir haben also in der ersten Hälfte 1947 schon 73 000 RM mehr als im gesamten Jahr 1946 erhalten. Bei den Beitragszahlungen an den Parteivorstand führen folgende Bezirke:

Hannover	mit 93 000 RM
Westliches Westfalen	mit 74 000 RM
Hamburg	mit 51 000 RM
Niederrhein	mit 42 000 RM
Württemberg-Baden	mit 38 000 RM
Ober- und Mittelfranken	mit 34 000 RM

Bei dieser Gelegenheit will ich den Antrag 14 behandeln. Unter Punkt 3 der Tagesordnung haben die Krefelder Genossen eine Änderung des § 8 des Statuts beantragt. Der Antrag der Krefelder Genossen lautet: Anstelle von „Verkaufte Marken“ ist zu setzen „Verkaufte Beitragsmarken“. Da wir grundsätzlich mit der Regelung, daß die vereinnahmten Eintrittsgelder in voller Höhe bei den Ortsvereinen verbleiben, einverstanden sind, haben wir im Prinzip nichts gegen diesen Antrag einzuwenden. Wir wünschen jedoch in Übereinstimmung mit den Genossen aus Krefeld bzw. des Bezirkes Niederrhein eine etwas andere einseitige Formulierung. Der Absatz 4 im § 8 soll lediglich durch zwei Worte ergänzt werden. Der Absatz lautet:

„Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.“

Wir beantragen, daß hinter den Worten „Von jeder verkauften Marke“ in Klammer gesetzt wird: (ausgenommen Eintrittsmarke). Das bedeutet also, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1947 die Eintrittsgelder in voller Höhe bei den Bezirksverbänden bzw. bei den Ortsvereinen verbleiben. Damit dürfte den Wünschen der Genossen in voller Weise Rechnung getragen werden. In dieser Fassung bitten wir, den Antrag annehmen zu wollen.

Damit leite ich zum geschäftlichen Teil meines Berichtes über. Nachdem im März des vergangenen Jahres der Parteivorstand beschlossen hatte, für die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei sowie für die der Partei nahestehenden Unternehmungen eine Dachgesellschaft ins Leben zu rufen, fand im Oktober 1946 die Gründungsversammlung der „Konzentration“ G. m. b. H. als Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen statt. Diese Gesellschaft ist die Rechtsnachfolgerin der vor 1933 existierenden „Konzentration“. Trotzdem unterscheidet sie sich in ihrer Struktur wesentlich von der alten Gesellschaft. Die alte „Konzentration“ war eine Aktiengesellschaft. Die Aktionäre waren fast ausschließlich Mitglieder des Parteivorstandes. Die neue Gesellschaft unter Leitung von Karl Störbeck ist eine G. m. b. H. und läßt jedes Unternehmen mit gleichem Anteil gleichberechtigt teilnehmen. Der Parteivorstand hat sich auf 10 Prozent des Gesellschafterkapitals beschränkt. Mit diesem Aufbau ist eindeutig klargestellt, daß der Parteivorstand keinerlei Majoritätsabsichten hat. Der Wirkungskreis der „Konzentration“ erstreckt sich analog der Organisation der Partei über die drei Westzonen und Berlin. In der britischen Zone sind mit Ausnahme von Aachen, Köln und Essen unsere Verlage angeschlossen, die sozialdemokratische Zeitungen herausbringen.

Bei den Gründungen und Lizenzierungen dieser Zeitungen hat der damals für die Militärregierung verantwortliche Minister Hynd erklärt, daß wir diese Unter-

nehmungen als zur Sozialdemokratischen Partei gehörend betrachten können. Nachdem uns durch die Nazis unsere zahlreichen Zeitungsunternehmen und Druckereien geraubt wurden, haben wir die Erklärung des Herrn Minister Hynd als den Beginn einer notwendigen Wiedergutmachung angesehen, ohne daß die Rückübertragung der beschlagnahmten Vermögenswerte durchgeführt wurde. Im Gegensatz zu der grundsätzlichen Erklärung von Minister Hynd sind uns in der letzten Zeit Bestrebungen aus dem Kreise verantwortlicher hoher Offiziere der Militärregierung bekanntgeworden, die als Ziel die völlige Lösung der sozialdemokratischen Zeitungen von der Partei verfolgen. Gegenüber solchen Versuchen erklären wir hier vor dem Parteitag, daß wir nie unseren Eigentumsanspruch aufgeben und die sozialdemokratischen Zeitungen als unlösbar mit der Partei verbunden betrachten.

Die „Konzentration“ hat nur wirtschaftliche Aufgaben. Sie betrachtet sich nicht als Aufsichtsorgan, sondern sie will unsere Wirtschaftsunternehmen in allen kaufmännischen und praktischen Fragen beraten. Gegenwärtig ist ihr die Aufgabe gestellt, eine Gesamtzusammenstellung der Werte der 1933 geraubten Besitzgüter vorzunehmen. Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen betragen die Bilanzwerte unserer Druckerei- und Verlagsbetriebe 65 Millionen RM. Da infolge der Abschreibungen die Tageswerte wesentlich höher waren, darf man mit Sicherheit die echten Werte unserer Druckerei- und Verlagsunternehmen mit rund 90 Millionen RM bezeichnen. Eine graphische Darstellung für die einzelnen Orte hat die „Konzentration“ anfertigen lassen und hier im Parteitagsgelände zur Schau gebracht. In diese Summe von 90 Millionen RM sind nicht eingerechnet:

1. die Werte der unserer Parteiorganisation gehörenden Grundstücke und Inventarien;
2. die Werte der zahlreichen Kinder-, Mütter-, Erziehungs- und Erholungsheime der Arbeiterwohlfahrt.

Die Gesamtwerte dieser beschlagnahmten Vermögen erhöhen sich hierdurch auf rund 110 Millionen RM. Dabei sind die auf den Bank- und anderen Konten angelegten Gelder nicht eingerechnet. Ebenso sind in dieser Summe nicht einbezogen das beschlagnahmte Vermögen der Nebenorganisationen der Arbeiterbewegung, wie z. B. Naturfreunde und Arbeitersportvereine. Wir werden bei den kommenden Verhandlungen mit den Militärregierungen die Rückübertragung des gesamten Vermögens beantragen. Wir sind durch die Direktive Nr. 50 des Koordinierungsausschusses beim alliierten Kontrollrat darüber unterrichtet, daß grundsätzlich die Rückübertragung der beschlagnahmten Vermögen beschlossen ist. Wir werden besonders darauf achten müssen, daß auch das von den Nazis verschobene Vermögen dabei erfaßt wird. Zu dieser Bemerkung werde ich durch einen besonderen Fall veranlaßt. Zu den Gebäuden des Karl-Marx-Museums in Trier, das am 4. und 5. Mai 1947 in Anwesenheit internationaler Gäste eingeweiht wurde, gehört ein behautes Grundstück, das von den Nazis verkauft wurde. Dieses Haus ist kürzlich von der Militärregierung freigegeben, aber nicht an uns, sondern an den Privatmann, mit dem die Nazis ihr Geschäft gemacht haben. Wir erheben gegen diese Entscheidung unseren Einspruch, da diese Rückgabe im Widerspruch zu den grundsätzlichen Erklärungen des alliierten Kontrollrates steht.

Unsere besondere Sorge gilt dem Schicksal der Angehörigen der Pensionskassen der Arbeiterbewegung. Ich meine hier die Unterstützungsvereinigung und die Fürsorgekasse. Durch den Raub der Nazis sind tausende Funktionäre der Partei und Gewerkschaften, die jahrelang hohe Beiträge für ihre Altersversorgung gezahlt haben, in Not gekommen und auf die Hilfe der Wohlfahrt angewiesen. Das ist ein unwürdiger Zustand. Hier ist ein besonders schweres Unrecht geschehen, das so schnell wie möglich durch entsprechende Maßnahmen der Militärregierung, aber auch der deutschen Verwaltung wieder gutgemacht werden muß.

Wir erheben diese Forderungen aus menschlichen und politischen Verpflichtungen unseren alten Funktionären gegenüber. Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte über die Funktionäre sagen. Die Funktionäre sind das Rückgrat der

Partei. Ich habe Ihnen im ersten Teil meiner Ausführungen einige Zahlen über unsere organisatorische Arbeit genannt. Dieser große Erfolg war nur möglich durch die ungeheuren Leistungen der Funktionäre. Ich möchte deshalb für den Parteivorstand — und ich glaube, ich mache mich darüber hinaus zum Dolmetscher der Gefühle des ganzen Parteitäges — den Funktionären für ihre aufopfernden Leistungen unsere hohe Anerkennung und den Dank der Partei zum Ausdruck bringen.

Wir sind uns mit den Zehntausenden unserer Funktionäre darüber einig, daß wir unermüdlich daran weiterarbeiten, die Partei noch stärker zu machen. Wir wollen die gute und schlagkräftige Organisation, die — lebendig gestaltet — eine verschworene Gemeinschaft sozialistischer Kämpfer ist. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Zum Bericht über Presse und Propaganda hat nunmehr das Wort Genosse *Fritz Heine*.

Fritz Heine, Hannover: Die Freiheit der Meinungsäußerung, die erste der vier Freiheiten, ist die Vorbedingung für eine wirkungsvolle sozialdemokratische Presse- und Propaganda-Arbeit.

Daß es in unserem Lande ohne Souveränität, okkupiert von vier untereinander uneinigen Siegermächten, keine unbeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung geben kann, ist verständlich und muß hingenommen werden. Mit der einen großen Ausnahme — Ostzone — haben wir jedoch, im ganzen gesehen, heute bereits wieder einen beträchtlichen Teil dieser essentiellen Freiheit zurückgehalten. Was heute geschrieben, gesprochen, vorgetragen und vorgeführt werden kann, ist weit mehr, als je seit 1933 möglich war. Es ist dabei nicht so, daß wir nur die Freiheit haben, unsere Meinung über Zustände und Besatzungsmächte in den anderen Zonen zu sagen. Es ist auch nicht so, daß die Publizisten und Sprecher alle Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung ausgenutzt oder um die Erweiterung dieser Freiheit in jedem Augenblick und mit aller Kraft gekämpft hätten. Und es ist auch zuzugeben, daß von dieser wiedergewonnenen Freiheit nicht immer nur der richtige Gebrauch gemacht worden ist.

Trotzdem: Sieht man von den durch die allseitige Mangelage bedingten technischen Unvollkommenheiten einmal ab, dann ist die heutige Presse (die Erzeugnisse der Diktatur-Vorkämpfer lasse ich außer Betracht) zweifellos nicht die schlechteste Institution der Öffentlichkeit, die sich aus dem Schutt zu neuem Leben gefunden hat. Die Besatzungsmächte, die die Kontroll- und Zensurzügel bereits gelockert haben, sollten deshalb die Entwicklung etwas mehr beschleunigen und uns auch vom administrativ-bürokratischen Gängelband abschneiden. Der Versuch, einem Land mit einer 300jährigen Zeitungstradition die eigenen Zeitungsmethoden aufzuzwängen, sollte beendet werden. Dieser Versuch, die eigenen Erfahrungen oder Ansichten auf die betreffende Zone zu übertragen, ist eines der Haupthindernisse dafür, daß wir heute noch keine deutsche, sondern eine Zonenpresse haben. Hier widerspiegeln sich die Vorgänge der allgemeinen Politik mit allen Nachteilen.

In Berlin, in der britischen und der französischen Zone haben wir sozialdemokratische Zeitungen — wobei wir in dem einen Fall freier im Publizistischen und im anderen Fall freier in der Eigentumsfrage sind. In der amerikanischen Zone fehlt uns noch die eigene Tagespresse, wir haben aber die Erwartung, daß sie noch in diesem Jahre zugelassen wird. In der totalitär von der SEP beherrschten Ostzone dagegen sind unsere Zeitungen verboten, unsere Druckereien geraubt; Strafe und Verhaftung droht jedem, der es wagt, den „Telegraf“ oder eine andere sozialdemokratische Zeitung zu lesen. Die Freiheit der Meinungsäußerung in den Westzonen wird durch den technischen Faktor des Mangels stärker als durch irgendeinen anderen Faktor eingeschränkt. Seit zwei Jahren ist das Schießen vorüber, und noch immer haben wir die Kümmerlichkeit von zweimal wöchentlich erscheinenden zwei bis acht Seiten schwachen Zeitungen außerhalb Berlins. Es ist ein unerträglicher Zustand, der mehr zur Schädigung der demokratischen Entwicklung beiträgt, als irgendeine der gespensterhaften Naziaktivitäten. Die rigorose Begrenzung der Auf-

lage, der Erscheinungshäufigkeit und des Umfangs ist ein fast klassisches Beispiel dafür, wie unwillentlich durch ein Minimum an Ersparnis ein Maximum an Schaden angerichtet werden kann. Das ist durchaus nicht ausschließlich an die Besatzungsbehörden allein gerichtet, die Unterschätzung der Presse und ihrer Bedeutung ist eine Gabe, über die auch die deutschen Stellen in überreichlichem Maße verfügen.

Über die sozialdemokratische Presse befinden sich Einzelangaben im Jahrbuch. Es gibt gegenwärtig 17 sozialdemokratische Zeitungen, die eine Gesamtauflage von zweieinhalb Millionen Exemplaren haben. Der Strukturwandel der Presse (Deutschland hat 95 Prozent aller Zeitungen seit 1933 eingebüßt) formt auch einen neuen sozialdemokratischen Zeitungstyp: An die Stelle der mehr dem Funktionär geeigneten Zeitung tritt ein Blatt, das sich vor allem an die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung wendet und besonders der Frau mehr Lesbares als früher bieten soll. Das ist eine zwangsläufige und im ganzen erfreuliche Entwicklung. Zeitungen dieses Typs mit dem Ziel der Gewinnung breiter Lesermassen müssen für ihre mehr populäre Form mit dem teilweisen Verzicht auf die ausführliche politische Schulung und Propaganda zahlen. Das wird von keinem von uns gern gesehen. Es bedeutet eine Erschwerung und Verlagerung der politischen Schulung in einem Augenblick, in dem sie mehr als je nötig ist — ohne daß ausreichender Ersatz in der Form von Parteimitteilungsblättern und Zeitschriften sichtbar wäre. Wenn wir uns trotzdem bewußt für das Massenorgan einsetzen, dann nicht nur, weil wir unter einer gewissen Verpflichtung handeln. Viel entscheidender ist für uns der Wunsch, die sozialdemokratische Presse aus der Begrenzung herauszuführen, in der sie vor 1933 war. Wir wollen, daß die neue sozialdemokratische Presse weitergreift, in Neuland vorstößt und mithilft, Schranken der Voreingenommenheit und Ignoranz uns gegenüber einzureißen.

Die Zukunft und die Währungsreform werden zeigen, daß der Kulturretard der Arbeitenden am schärfsten leidet und die heute übersteuerten Zeitungspreise nicht mehr bezahlt werden können. Dann müssen wir leistungsfähige, billige Blätter bieten können, und die Voraussetzung dazu ist die Massenaufgabe, die populäre, gute, sozialdemokratische Volkszeitung. Die sich vollziehende Neugestaltung der sozialdemokratischen Presse bezieht sich selbstverständlich nur auf die äußere Gestaltung, keineswegs auf die Tendenz. Kämpferin für Wahrheit, für Recht und Freiheit zu sein, war ihre Aufgabe, ist ihre Aufgabe und wird ihre Aufgabe bleiben.

Die sozialdemokratischen Zeitungen führen im Augenblick fast allein einen entscheidend wichtigen Kampf in Deutschland. Abgesehen von einigen anderen Blättern, sind es nur die sozialdemokratischen Zeitungen, die gegen die neuen Sozialistenverfolgungen, gegen die Lüge und gegen den Terror ihre Stimme erheben. Wir bedauern, daß wir diesen Kampf fast allein, ohne die Presse der übrigen demokratischen Parteien und ohne die Mehrzahl der sogenannten „überparteilichen“ Lizenzpresse führen müssen.

In den letzten Monaten haben sich die ersten Anzeichen einer Wandlung des Pressewesens bemerkbar gemacht. In der französischen Zone wird der vorherrschende etwas undurchsichtige Zeitungstyp durch die Lizenzierung einer Anzahl Parteizeitungen verändert; in der amerikanischen Zone besteht offenbar endlich Aussicht auf Überwindung des unerträglichen Zustandes, daß den die Verantwortung tragenden Parteien seit fast zwei Jahren die Publikationsorgane vorenthalten wurden. Andererseits ist in der britischen Zone eine rückläufige Bewegung in dem Bestreben der zuständigen Okkupationsbehörden unverkennbar, nichtparteigebundene Blätter auf Kosten der Parteipresse zu fördern. Vor allem in der amerikanischen Zone ist es zu Auseinandersetzungen zwischen der parteilosen Presse und den Parteien gekommen, deren Heftigkeit wir bedauern. Von manchen Parteivertretern sind dabei pressefeindliche Ansichten geäußert worden, die wir nicht teilen. Auf der anderen Seite hat sich aber auch die Lizenzpresse ihr Kontingent an (sagen wir) „volkstümlichen“ Formulierungen zu erhalten gewußt. Es sollte doch auch diesen Zeitungen zu denken geben, daß die Parteien in wirklich seltener Einmütigkeit Beschwerde geführt haben. Diese Parlamentarier mit ihren Ansichten sind die vom

Volk gewählten Repräsentanten dieses Volkes; während die Lizenzträger nicht, wie einige Publizisten meinen, „die Vertreter des Volkes gegenüber den Parteien“ sind, sondern die von der Militärregierung ernannten Besitzer von konkurrenzfreien Monopolunternehmen darstellen. Die Presse hat Kritik an Regierungen und Parteien geübt. Das ist ihr Recht. Das ist die eine der beiden Aufgaben, die sie hat. Auch uns gefällt manches an den Parteien nicht, und zwar nicht nur an den anderen Parteien. Wir sind für Kritik — ich meine Kritik, nicht Tiefschläge — dankbar. Aber die Presse sollte kein Monopol auf Kritik haben. Manche Journalisten meinen, wenn sie kritisiert werden, dann sei die Pressefreiheit in Gefahr. Wir sind durchaus der Überzeugung, daß die Mehrzahl der sogenannten Gemeinschaftszeitungen den ehrlichen Willen hat, dem Gesamtwohl zu dienen und objektiv zu sein. Wir werden aber sicher auch bei den Lizenzträgern Zustimmung finden, wenn wir feststellen, daß das Bemühen um Objektivität nicht immer von Erfolg gekrönt ist. Wenn Zeitungen etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, einem Fußballspiel dreimal mehr Raum widmen, als einer am gleichen Tage am gleichen Ort stattfindenden sozialdemokratischen Kundgebung mit 40 000 bis 50 000 Zuhörern, dann sind solche Zeitungen in ihrem Kampf um die Objektivität unterlegen, und nicht einmal sonderlich ehrenvoll. (Sehr richtig!)

Auf der einen Seite werden Maßnahmen getroffen, um die Bindungen zwischen den Parteien und ihren Zeitungen zu lockern. Auf der anderen Seite wird die Sympathie für die parteilose Presse herausgestellt. Kein Wunder, daß die Kommunisten dies auszunutzen suchen. Es gibt seit Monaten Mitteilungen, daß im Herzen des Ruhrgebietes eine große übergebietliche und sogenannte überparteiliche Zeitung geschaffen werden soll, bei der die KP in Gestalt ihres führenden Pressevertreters den entscheidenden Verlagsmann stellen will. Sie versuchen unter der Maske der Überparteilichkeit ein trojanisches SED-Pferd zu servieren.

Wir glauben, daß das Wesen der Parteipresse von den Außenstehenden mißverstanden wird. Für die Sozialdemokratie kann ich erklären, daß wir die Vertretung unserer Auffassungen in unseren Zeitungen nicht durch Diktate von oben gewahrt sehen wollen, sondern dadurch, daß wir als Redakteure aufrechte Männer und Frauen haben, die Sozialdemokraten aus Überzeugung und Erkenntnis sind. Wir sind stolz darauf, daß wir als Parteizentrale keiner Zeitung und keinem Redakteur irgendeine Anweisung, was zu schreiben sei, gegeben haben und daß wir das auch in Zukunft so zu halten gewillt sind. Es ist selbstverständlich, daß die Gesamtpartei ihrerseits von ihren freischaffenden Redakteuren erwartet, daß sie die gemeinsam erarbeitete und beschlossene Politik auch publizistisch vertreten.

Dem Parteitag legen die Anträge 11 und 12 vor, die sich mit Presse- und Papierfragen beschäftigen. Wir stimmen den in diesen Anträgen geäußerten Wünschen zu. Da die Entscheidungen darüber in Händen der Besatzungsmächte liegen, empfehlen wir dem Parteitag die Überweisung dieser Anträge an den Parteivorstand.

Einige Bemerkungen über unsere Informations- und Propaganda-Arbeit in der Berichtszeit. Auch hierbei verweise ich auf das Jahrbuch, das Einzelangaben enthält.

Die 1000 Jahre der Despolie zeichneten sich aus durch Überfütterung mit Propaganda und Unterernährung an Informationsvitaminen. Wir versuchen den Prozeß umzukehren: nachzuholen, was an Information über die wahren Fakten unterschlagen wurde und unseren Funktionären und Freunden ein möglichst umfassendes und möglichst objektives Bild des Geschehens zu vermitteln. Information und Werbung standen freilich noch immer vor dem unlösbaren Problem der Beschaffung des Rohstoffes Papier. In den für diese Aufgabe erforderlichen Quantitäten. Wir Sozialdemokraten haben darunter besonders gelitten im Gegensatz zu den Parteien rechts von uns, vor allem den Kommunisten. Wenn Sie erst heute z. B. in Ihren Mappen das Parteitagprotokoll von 1946 finden, dann ist auch das ein Hinweis auf unseren Mangel. Und wir haben auch heute aus Mangel an Papier nicht die Möglichkeit, direkte Verbindung mit allen unseren Gliederungen aufzunehmen und damit überhaupt erst einmal die Voraussetzungen für eine normale Informations- und Propagandaaufgabe einer Parteizentrale zu schaffen. Wir alle

wissen, wie sehr Papier zur Mangelware wurde. Aber auch hier gilt das Wort von den kleinen Ursachen: es kann noch einmal große Wirkungen haben und teuer bezahlt werden müssen, daß den Verfechtern der demokratischen Ideen nicht einmal Papier genug gegeben wurde, um ihre Sache zu vertreten.

In unserer Propaganda haben wir zwei Gesichtspunkte allen anderen vorausgestellt: den abwehrenden des Kampfes gegen das totalitäre Prinzip und den positiven des Kampfes für die Sozialisierung. Dieser Kampf ist und wird geführt vor allem von den vielen zehntausend sozialdemokratischen Funktionären. Nie werden sie sichtbar, nie genannt; nur das Ergebnis ihrer Arbeit zeigt sich — — — und es ist ganz selten, daß sie dafür Kredit erhalten. Diese immense, vielfältige Arbeit läßt sich schwerlich schildern und schon gar nicht in diesen wenigen Minuten. Ich möchte statt dessen versuchen, durch drei Zahlen die Größe dieser Arbeit anzudeuten. In den 23 westlichen Bezirken der Partei, also ohne Berlin, hat die Sozialdemokratie 1946 neben den üblichen monatlichen Mitgliederversammlungen 52 000 Versammlungen abgehalten, an denen rund 14 Millionen Männer und Frauen beteiligt waren. Während der Wahlkämpfe des vergangenen Jahres und zu anderen Gelegenheiten sind über 700 verschiedene Flugblätter in 36 000 000 Exemplaren verbreitet und 600 Plakate in über 10 000 000 Exemplaren geklebt worden. Vergewärtigen Sie sich bitte für einen Augenblick, welche Aufopferung, welcher Idealismus, welche rein physische Arbeitsleistung — vor allem angesichts des Hungerzustandes — sich in diesen Zahlen summiert. Was mit Deutschland geschehen soll, wird in den Hauptstädten der Welt entschieden. Was aber mit den Deutschen wird, ob wir eine demokratische sozialistische Republik schaffen und erhalten, das wird zu einem sehr wesentlichen Teil von den unbekanntenen Männern und Frauen entschieden, die als Funktionäre der Sozialdemokratie ihre ganze Kraft hergeben, weil sie glauben und wissen, daß sie damit für das Recht und die Wahrheit kämpfen.

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort zum Arbeitsbericht über das Frauensekretariat hat nunmehr Genossin *Herta Gotthelf*.

Herta Gotthelf, Hannover: Bevor ich die Ergänzungen zu dem Jahresbericht gebe, der gedruckt vorliegt, möchte ich etwas Grundsätzliches erklären. Die sozialdemokratischen Frauen sind nicht eine besondere Frauenbewegung, sondern ein Teil der großen Sozialdemokratischen Partei. Wir betrachten es als unsere vornehmste Aufgabe, so zu arbeiten, daß wir Männer und Frauen politisch so erziehen, daß keine gesonderte Frauenbewegung innerhalb der Partei mehr notwendig ist. Allerdings sind wir leider heute noch nicht so weit. Es ist deshalb notwendig, daß wir unsere Frauengruppen, unsere Frauenorganisation innerhalb der Partei stärken als ein Instrument der Erziehung und der Werbung zum politischen Denken.

Genosse *Alfred Nau* hat ein paar Zahlen genannt. Am 31. Dezember 1946 hatten wir 109.215 Frauen in der Partei, d. h. gleich 15,4 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Ende März hatten wir 130 166 Frauen in der Partei, das sind 16,66 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Das ist nicht genug.

Obwohl wir hier einmal vor aller Öffentlichkeit feststellen möchten, daß in keiner politischen oder sonstigen Organisation 130 000 Frauen organisiert sind, sind wir aber lange nicht stolz auf diese Zahlen. Wir müssen versuchen, diese Zahlen und besonders den prozentualen Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft im kommenden Jahre wesentlich zu erhöhen.

Das Schicksal Deutschlands hängt davon ab, daß es uns gelingt, die Millionen Frauen, die heute die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung ausmachen, zu politischem Denken zu erziehen und ihnen klar zu machen, daß die Zeit endgültig vorbei ist, in der die Frau in einer besonderen Nische sitzt und darauf wartet, daß andere ihr Last und Verantwortung abnehmen. Die Millionen Frauen, die heute dank Hitlers Krieg die Alleinversorger ihrer Familien sind, und die weiteren Millionen, die dank Hitlers Krieg nie wieder einen Lebenskameraden finden werden, sind gezwungen, selber für sich und ihre Kinder die Verantwortung zu übernehmen, und zwar nicht nur für sich und ihre Kinder, sondern für Deutschland, für Europa.

Das Instrument zur politischen Erziehung ist unsere eigene Organisation. Wir müssen versuchen, diese Organisation so schlagkräftig wie möglich zu machen. Wir haben leider erst in acht Bezirken von vierundzwanzig eine hauptamtlich angestellte Frauensekretärin. Auch das ist nicht genug. Hier appelliere ich ganz besonders an unsere Genossen. Genau so selbstverständlich wie Ihr in jedem Bezirk versucht, einen Genossen oder eine Genossin für die Jugendarbeit oder die Betriebsarbeit zu haben, so versucht auch, jemanden zu finden, der hauptamtlich sich mit der Frauenarbeit beschäftigt. Ich möchte Euch bitten: wählt diese Genossinnen besonders sorgfältig aus. Nur die besten sind gut genug für diese Arbeit.

Nach dem Parteistatut haben wir heute im Parteiausschuß acht Frauen. Jeder Bezirk, der mehr als 5000 weibliche Mitglieder hat, ist berechtigt, eine Frau in den Parteiausschuß zu delegieren. Wir schlagen Ihnen vor, das Parteistatut dahingehend abzuändern, daß die Bezirke, die den Reichsdurchschnitt des prozentualen Anteils der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft erreicht haben, ebenfalls berechtigt sind, eine Frau in den Parteiausschuß zu delegieren. Damit wollen wir bezwecken, daß kleine Bezirke, die niemals die Zahl von 5000 Frauen erreichen können, die Möglichkeit haben, durch eine Frau im Parteiausschuß vertreten zu sein.

Während des letzten Jahres haben unsere Frauen nicht nur politische Erziehungs- und Werbungsarbeit geleistet, sie haben auch Stellung genommen zu brennenden Tagesproblemen. Ganz besonders haben sie Protestaktionen durchgeführt gegen die miserable Ernährungslage, gegen die katastrophale Hausbrandversorgung und für die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen. Wir hatten im letzten November unsere erste Reichsfrauenarbeitstagung in Frankfurt a. M., und um die Wichtigkeit der Frauenarbeit für unser gesamtes Wirtschaftsleben zu demonstrieren, war unser Hauptthema auf dieser Tagung: Die Frau im Erwerbsleben. Wir waren stolz darauf, daß zwei führende Genossinnen aus der Gewerkschaftsbewegung unsere Hauptreferentinnen waren.

Im Verlauf von *Kurt Schumachers* Referat und auch in der Diskussion ist über die Beziehungen zu den Gewerkschaften gesprochen worden. Was die Frauenbewegung anbetrifft, gibt es kein Problem in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Unsere Zusammenarbeit ist sehr gut. Dasselbe kann man auch für die Genossenschaften sagen.

Einige unserer Genossinnen stehen an führenden Stellen im öffentlichen Leben. Ihr wißt alle, daß *Louise Schröder* Oberbürgermeister in Berlin ist, und *Luise Albertz* ist Oberbürgermeister in Oberhausen am Rhein. Wir hatten das erste Mal in Deutschland einen weiblichen Minister, und zwar war die Genossin *Marta Fuchs* Erziehungsminister in Braunschweig. Sie ist jetzt Staatskommissar für das Flüchtlingswesen im Lande Niedersachsen. Ihr wißt alle, daß in den Gemeindeparlamenten unsere Frauen vertreten sind und gute Arbeit leisten. Dasselbe kann man von den Landesparlamenten sagen, aber die Zahl unserer weiblichen Vertreterinnen in den Landesparlamenten ist bei weitem nicht ausreichend. Ich möchte hier betonen, daß wir nicht der Meinung sind, daß überall eine Frau vertreten sein muß, weil wir ja „auch eine Frau“ brauchen, sondern eine Frau soll vertreten sein, weil sie geeignet ist und weil sie etwas leisten kann. Und nun guckt Euch mal Eure männlichen und weiblichen Vertreter an, ob Ihr da immer nur die allergescheitesten Männer in die vordersten Stellungen gestellt habt! (Heiterkeit. — Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Im Lande Bayern haben wir keine Frau, die als sozialdemokratische Abgeordnete im Landtag sitzt, und ich hoffe, daß die Bayern sich bessern werden und zwar recht bald. In der britischen Zone haben wir drei sozialdemokratische Frauen im Zonenbeirat, die Genossin *Anni Krahnstöver*, die Genossin *Frieda Nadig* und die Genossin *Korspeter*.

Unsere Werbearbeit wird genau wie die allgemeine Werbearbeit dadurch erschwert, daß wir kein Papier haben, und alle Bezirkssekretäre werden meine ständigen Klagerufe nach Papier für das Frauenbüro kennen. Ich möchte Euch auch hier noch einmal ans Herz legen, daß es notwendig ist, so viel wie möglich auch gedrucktes Material für die Frauenarbeit herauszugeben, und wenn Ihr Papierzutellungen macht, denkt nicht immer an die Frauen zuletzt.

Wir hatten gerade vor zwei Tagen unsere Frauenkonferenz in Fürth, und ich will Euch nur ganz kurz davon berichten. Ich habe allen Delegierten die Hauptanträge, die dort angenommen worden sind, heute morgen vertellen lassen. Unsere Konferenz war von 200 Delegierten und Gastdelegierten aus den drei westlichen Zonen und Berlin beschickt, und es wird Euch vielleicht interessieren, daß ein Drittel all dieser Frauen während der 12 Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern gesessen hat. Unsere beiden Hauptreferenten waren *Erich Ollenhauer*, der über die Sozialdemokratische Partei und die Frauen sprach und damit beweisen und demonstrieren wollte, wie wichtig die Sozialdemokratische Partei die politische Arbeit der Frauen einschätzt. Unser zweiter Hauptreferent war die Genossin *Louise Schröder*, die über die Stellung der Frau in Staat und Gesellschaft sprach. Genossen, es sieht ja nicht schön aus, wenn man sich selber lobt, aber ich kann sagen — und alle, die dabei waren, können es bestätigen —, die Frauenkonferenz war ein voller Erfolg, die Diskussion hatte einen sehr hohen Standard, und ich hoffe, Ihr könnt das durch die ganzen Tage hier so durchhalten, wie wir es durchgehalten haben. (Beifall.)

Unsere Frauenkonferenz hat Euch auch noch etwas anderes vorweggenommen. Wir sind nämlich die erste zentrale sozialdemokratische Reichskonferenz gewesen, auf der offizielle ausländische Delegierte gesprochen haben. Der Genosse *Reeves* aus England hat, bevor er zu Euch gesprochen hat, zur Frauenkonferenz in Fürth gesprochen (Heiterkeit), und zwar als offizieller Delegierter der Labour Party zur Frauenkonferenz in Fürth, und wir hatten ebenfalls die große Freude, die Genossin *Gabriele Proft* und die Genossin *Jochmann*, die beiden führenden Genossinnen in Österreich, als Delegierte auf unserer Frauenkonferenz zu haben. Über die Anträge will ich Euch im einzelnen nichts sagen, denn es ist noch ein weiterer Referent, der darauf wartet, Euch etwas zu erzählen. Ich bitte Euch aber, sie anzusehen und sie nicht nur anzusehen, sondern unseren Frauen zu helfen, daß die Dinge, um die wir hier beschlossen haben, auch in der praktischen Arbeit durchgesetzt werden!

Zum Schluß möchte ich noch einmal betonen, wir sind keine Frauenrechtlerinnen, sondern wir sind Sozialisten. Unsere Bewegung ist gewachsen aus der gemeinsamen Not von Mann und Frau im kapitalistischen Staat, und unsere Bewegung wird siegen im gemeinsamen Kampf von Mann und Frau für den demokratischen Sozialismus. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Jullus Lofmann*: Zum Bericht der Kontrollkommission hat das Wort der Genosse *Schönfelder*:

Adolf Schönfelder, Hamburg: Genossen und Genossinnen! Nach den kurzen Berichten kann mein noch kürzerer Bericht eingeleitet werden mit der erfreulichen Mitteilung, daß Beschwerden über den Parteivorstand im Berichtsjahr nicht eingegangen sind. (Bravo!) Und auch bis heute nicht eingelaufen sind. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen, die Kontrollkommission hat ja nach dem Parteistatut die Aufgabe der Kontrollierung des Parteivorstandes, und sie soll Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand sein. Nach dem Statut sind dieser Kontrolltätigkeit keinerlei Grenzen gesetzt. Es kann natürlich nicht ihre Aufgabe sein, die rein politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu kontrollieren. Sie kann sich nur insoweit damit beschäftigen, als politische Handlungen das Organisationsleben, den Stand der Organisation und insbesondere die Finanzen der Organisation beeinflussen. Nach alter Gepflogenheit berichtet deshalb der Parteivorstand in den Sitzungen der Kontrollkommission über die wichtigsten politischen Ereignisse und nimmt in der Regel der Vorsitzende der Kontrollkommission an den Sitzungen des Gesamtvorstandes und des Parteausschusses teil.

Die Bestimmung des Statuts, daß die Kontrollkommission vierteljährlich kontrollieren soll, hat zunächst nicht erfüllt werden können, da nach dem Parteitag in Hannover die Abrechnungsberichte so zögernd und spät eingingen, daß es dem Hauptkassierer nicht möglich war, rechtzeitig einen Bericht vorzulegen. Nach Überwindung dieser Schwierigkeiten, die mit dem Neuaufbau der Partei zusammen-

hängen, muß aber darauf gesehen werden, daß in der Partei draußen in den Bezirken Pünktlichkeit, insbesondere in den geschäftlichen und finanziellen Dingen, herrscht. Deshalb ist es vielleicht gut, daß überall darauf gesehen wird, daß nur mit diesen Geschäften ein Genosse besonders betraut wird.

Genossinnen und Genossen, durch die Unterschrift unter dem Kassenbericht hat die Kontrollkommission bescheinigt, daß alles in Ordnung befunden ist, und ich hätte deshalb hier nur den formellen Antrag zu stellen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Dennoch hat die Kontrollkommission den Wunsch, daß ich in ihrem Namen hier folgendes erkläre: Unsere Partei ist nach Überwindung vieler Anfangsschwierigkeiten zu einer imposanten Organisation geworden. Daß der Neuaufbau unserer Partei in diesem Ausmaße gelingen konnte, ist neben dem Verdienst der vielen tausende Funktionäre draußen in den Bezirken und im Lande auch ein Verdienst des Parteivorstandes, insbesondere der geschäftsführenden Genossen und ihrer Mitarbeiter. Ich habe deshalb den Auftrag, hier nicht nur zu beantragen, die Entlastung auf den ganzen geschäftsführenden Vorstand auszudehnen, sondern auch den Genossen im Namen der Kontrollkommission und, wie wir glauben, deshalb auch im Namen der Partei Dank und Anerkennung auszusprechen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Zum Bericht der Mandatsprüfungskommission hat das Wort der Genosse *Thiele*, Berlin.

Theo Thiele, Berlin: Genossen! Wir wollen in Konkurrenz treten mit dem Bericht der Kontrollkommission. Unser Bericht wird also noch kürzer sein. Es wurden keine Mandate beantragt. Von den 366 Delegierten des Parteitages sind 357 anwesend. Alle 357 Mandate konnten anerkannt werden. Von den gewählten Delegierten der Bezirke fehlen sechs Genossen, so daß 293 anwesend sind. Vom Parteivorstand fehlen zwei Genossen, anwesend sind 24 Genossen. Die Kontrollkommission ist mit allen Mitgliedern — der Zahl nach neun — vertreten. Vom Parteil Ausschuß fehlt ein Genosse. Damit ist der Bericht der Mandatsprüfungskommission beendet. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Genossen und Genossinnen! Sie haben die Berichte gehört. Ich glaube, über den Bericht der Mandatsprüfungskommission können wir sofort zur Abstimmung schreiten. Ist der Parteitag damit einverstanden? — Wer mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke.

Genossen und Genossinnen! Wir haben nunmehr noch eine Ehrenpflicht zu erfüllen. Wir denken in dieser Stunde an alle die Genossen und Genossinnen (die Anwesenden erheben sich von den Plätzen), die im Laufe des letzten Jahres in ganz Deutschland ihr Leben für die Partei, für die Parteilarbeit lassen mußten. Wir denken an alle die vielen, die frühzeitig von uns gerissen worden sind. Wir denken an die Genossen und Genossinnen, die mitten aus der Parteilarbeit von uns genommen wurden, und ich glaube, wir können das Andenken an unsere Toten am besten damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns geloben, in ihrem Sinne zu wirken, daß wir uns geloben, mit doppeltem Eifer an die Arbeit zu gehen und ihr Lebensziel mitzuerfüllen: An die Arbeit für den Sozialismus! — Sie haben sich zu Ehren unserer Toten von den Sitzen erhoben; ich danke Ihnen.

Genossen und Genossinnen! Wir wollen die Diskussion über den Geschäftsbericht für heute vertagen. Wir werden die Berichte für heute abschließen, da wir spätestens um 18.30 Uhr im Opernhaus sein müssen, wo pünktlich begonnen werden muß, denn um 20.30 Uhr müssen wir das Opernhaus wieder verlassen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Ich bitte die Genossen Delegationsführer, die Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes eingereicht haben, jetzt noch für einige Minuten hier in das Parteivorstandsbüro zu einer kurzen Besprechung zu kommen. — Damit sind die Verhandlungen auf morgen 9.00 Uhr vertagt.

(Schluß der Nachmittagssitzung 16.36 Uhr)

Dritter Verhandlungstag

(Dienstag, 1. Juli 1947, 9.00 Uhr)

Vormittagssitzung

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Die Sitzung des Parteitages ist eröffnet. Wir schlagen vor, daß wir heute früh zunächst in die Diskussion über die Berichterstattung eintreten. Ich ersuche die Delegierten, die Vorlage Nr. 4 zur Hand zu nehmen. Neben den Berichten stehen nunmehr zur Diskussion die Anträge Nr. 6, 7, 9, 10, 11, 12, 14 und 15, außerdem Vorlage Nr. 8, Antrag Nr. 49.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein. Als erster Diskussionsredner hat das Wort der Genosse *Zöllig*, Düsseldorf.

Karl Zöllig, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Der Genosse *Nau* hat uns ein Bild von der glänzenden Entwicklung unserer Partei seit dem Zusammenbruch des Nazisystems gegeben. Ich glaube, ich verrate hier kein Geheimnis, wenn ich feststelle, daß dieses glänzende Ergebnis in der Hauptsache nicht so sehr auf die großen Versammlungen usw. zurückzuführen ist, sondern auf die intensive Kleinarbeit, die in unserer Partei geleistet worden ist. Wenn wir uns hier vergewärtigen, wie unsere Partei in die Breite gegangen ist, so müssen wir leider feststellen, daß der Kreis derer, die die wichtigste Parteiarbeit, die Kleinarbeit, leisten, nicht in diesem Ausmaße gewachsen ist. Der Stamm unserer Funktionäre hat sich nicht wesentlich erweitert gegenüber dem früheren Zustand. Wir können heute feststellen, daß vielfach noch 70 jährige die Beiträge einkassieren müssen. Notwendig ist eine Aktivierung der Jugend auch auf diesem Gebiet, und ich möchte sowohl an eine Bemerkung des Genossen *Schumacher* als auch des Genossen *Ollenhauer* anknüpfen und sagen: Der Weg in die Vertrauensstellung muß über die Kleinarbeit führen. Es muß den jungen Genossen zum Bewußtsein gebracht werden, daß jemand nur dann in einer Vertrauensstellung wirksam sein kann, wenn er sich in der Kleinarbeit das notwendige Vertrauen der Gesamtmitgliedschaft erworben hat. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß es absolut nicht notwendig ist, wenn auch vielfach in der Partei die Auffassung vertreten wird, daß man der Jugend gegenüber nicht allzusehr parteipolitische Maßstäbe anwenden soll. Es ist genug, wenn von seiten der Besatzung den unpolitischen Jugendverbänden so viel Beachtung geschenkt wird. Wir sind uns, glaube ich, klar darüber, daß die vergangenen 14 Jahre gezeigt haben, daß die Jugend, soweit sie durch die Sozialdemokratische Arbeiterjugend gegangen ist, in diesen Jahren bewiesen hat, welche hohen sittlichen Werte die sozialdemokratische Jugendbewegung zu vermitteln vermag.

Genossen, das ist wichtig, wir haben einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen, aber, Genossinnen und Genossen, wir hatten auch nach 1918 einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen. Aber wir haben es damals nicht verstanden, uns das Vertrauen zu erhalten. Sorgen wir dafür, daß uns das Vertrauen, das uns jetzt weiteste Kreise entgegenbringen, erhalten bleibt. Es sind in dieser Beziehung große Gefahren für unsere Bewegung deutlich erkennbar. Diese Gefahren sind heute meines Erachtens noch größer, als dies nach 1918 der Fall war. Wir werden und wir sind schon in einem großen Ausmaße dahingekommen, daß in den leitenden Stellen Sozialdemokraten sitzen. Diese Genossen können für uns eine Gefahr

werden, wenn sie sich nicht bewußt sind, daß sie als Sozialdemokraten in diesen Stellungen sind. Diese Genossen müssen sich in diesen Stellungen als Sozialisten auf vorgeschobenem Posten betrachten.

Es drohen uns Gefahren auf kulturellem Gebiet. Genossinnen und Genossen, wir wollen tolerant sein. Aber es darf nicht dahin kommen, daß diejenigen unter uns, die weltanschaulich ihre Konsequenzen gezogen haben, sich dafür fast entschuldigen müssen. Wenn wir z. B. die Einheitsschule fordern, dann müssen unsere Genossen auf vorgeschobenem Posten diese Forderung mit ihrer ganzen Person vertreten. Wenn sie das nicht können, dann sollten sie zurücktreten, oder die Partei sollte sie zurückrufen.

In unserer Arbeit muß der marxistische Gedanke wirksam sein. Es darf nicht so sein, daß dieses marxistische Gedankengut nur bei festlichen Veranstaltungen zu Deklamationszwecken benutzt wird. Unsere Arbeit muß davon getragen sein. Denken wir zurück an die Blütezeit der sozialdemokratischen Bewegung, an die Zeiten eines August Bebel, eines Wilhelm Liebknecht. Sorgen wir dafür, daß die Sozialdemokratische Partei wieder ein Fanal wird, an dem sich die jungen Menschen aufrichten können, so wie wir uns einstmals daran aufgerichtet haben.

Eine weitere Gefahr ist die nationalistische Versuchung, die heute schon wieder in einem großen Ausmaße zu verzeichnen ist. Seien wir uns klar darüber, daß daran die Sozialdemokratische Partei nicht ganz unschuldig ist. Es spricht heute der einfache Mann nicht mehr von dem Verbrecher Hitler, es spricht heute der einfache Mann nur davon, daß uns das Ausland verhungern lassen will. (Klingel des Vorsitzenden — Zuruf: Schluß!) Genossen, ich muß zum Schluß kommen, und darum nur noch eins. Es hat uns auf das tiefste bewegt, als uns der Genosse aus Holland die Fahnen wiederbrachte. Ich möchte diesen Augenblick dazu benutzen, um den Genossen, die uns die Fahnen wiedergebracht haben, zu sagen, daß wir diese Fahnen nicht öffentlich zeigen dürfen. Das aber kirchliche Vereine, Schützenvereine usw. heute schon wieder ihre Fahnen zeigen dürfen, Fahnen, die oft genug auch zur Verherrlichung des nazistischen Systems verwandt wurden, daß aber die Fahnen, unter deren Schatten Tausende im Kampf gegen das Hitlersystem ihr Leben gelassen haben, zu zeigen uns heute von der Besatzung verboten ist. Die Genossen des Auslandes, die hier sind, könnten hier etwas unternehmen, damit das Symbol der Völkerbefreiung, der Völkerversöhnung auch wieder zu Ehren kommt. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Zur Geschäftsordnung ein Genosse aus Westfalen:

(Zur Geschäftsordnung: Wir haben den Wunsch, daß die anderen Diskussionsredner sich an das Thema halten, das hier zur Debatte steht, damit die Zeit nicht unnötigerweise vergeudet wird! — Zustimmung.)

Genossen, ich glaube, wir können uns diesem Wunsche anschließen. Wenn in der Geschäftsordnung steht, daß jeder Diskussionsredner zehn Minuten Redezeit hat, ist damit nicht zum Ausdruck gebracht, daß jeder zehn Minuten reden muß. (Sehr wichtig!) Im Gegenteil, wir sind außerordentlich dankbar, wenn die Genossen sich kurz fassen, damit die Möglichkeit besteht, alle Diskussionsredner zum Wort kommen zu lassen, und zweitens, damit wir möglichst bald die anderen Tagesordnungspunkte erledigen können. Ich bitte also die Genossen, sich dementsprechend zu verhalten.

Wir fahren nun in der Diskussion fort. Das Wort hat jetzt der Genosse *Schroth*, Solingen. Ihm folgt der Genosse *Mehnert*, Hannover.

Heinrich Schroth, Solingen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Der Bericht des Genossen *Nau* hat uns bewiesen, daß wir eine starke Zusammenfassung von Menschen sind. Die Arbeit in dem letzten Jahre aber — und das ist zweifellos bedenklich — beweist uns, daß wir noch keine Organisation sind, und daß die Arbeit des Parteitages sich äußerst darauf konzentrieren muß, eine Parteiorganisation zu schaffen, die den Aufgaben der Partei gerecht wird. Es ist ganz klar, daß durch die hinter uns liegenden 14 Jahre schon ein großer Teil des damals vorhandenen

Funktionärapparates abgehen mußte. Es ist ebenso klar, daß der größte Teil dessen, was wir bedurften, nicht nachwachsen konnte. Wir müssen aber mit diesem Notstand fertig werden. Deshalb war sehr wesentlich, was der Genosse *Ollenhauer* vorschlug: die Schaffung der Referate und vor allen Dingen die Schulungsarbeit der Partei. Da haben wir allerdings sehr viel vermißt. Ob es nun im Wahlkampf war, den wir meistens mit neuen, der Gesamtarbeit der Partei entfremdeten jungen Funktionären durchführen mußten. Ob es in der Gewerkschaftsarbeit war, deren Wichtigkeit wiederholt betont worden ist, uns fehlen an allen Ecken und Enden nicht nur die Funktionäre, die da sind und die wir haben könnten, wenn wir sie anleiten; uns fehlt vor allen Dingen vom Parteivorstand die zentrale Richtlinie.

Wenn ich in diesem Augenblick daran erinnere, daß wertvolle Genossen, wie der Genosse *Böckler* in der Gewerkschaftsbewegung, sich absolut neben die Partei stellen und eine Gewerkschaftsarbeit vorschlagen, die wir nicht tragen können, dann muß hier um der Partei willen der Parteivorstand uns die notwendigen Richtlinien geben, die Funktionäre, die im Augenblick nicht in der Arbeit stehen, entsprechend durchzubilden.

Uns fehlen die Betriebsgruppen, die die Stärke der Kommunistischen Partei bilden und die wir zwangsläufig jetzt schaffen müssen, ob mit oder ohne Zustimmung der Gewerkschaftsfunktionäre. Es wird uns von den Gewerkschaftsfunktionären gesagt, daß die britische Militärregierung oder eine sonstige Militärregierung die Entpolitisierung der Gewerkschaften wünsche. Gut! Aber ist der Wunsch der Besatzungsbehörde in diesem Fall für uns Befehl? Ich glaube, wir haben die Aufgabe, Deutschland aufzubauen. Und wollen wir Deutschland aufbauen, so geht das nur aus dem Betriebe heraus. Wenn die Arbeiter, wenn die Schaffenden an der Maschine nicht das politische Gesicht Deutschlands bestimmen, wird das Gesicht Deutschlands zwangsläufig entweder von Kleinbürgern oder von Kapitalisten bestimmt werden, und das haben wir zu verhindern, wenn wir das, was in den großen politischen Referaten hier zum Ausdruck gekommen ist, durchführen wollen: entweder die Sozialisierung, oder wir stehen am Rande unseres Untergangs.

Deshalb ist gerade die Frage so außerordentlich wichtig, daß die Schaffung der Referate für die politische und die Schulungsarbeit die erste und wichtigste Aufgabe des Parteivorstandes sein und bleiben muß. Dabei muß aber eine Beweglichkeit in die Partei hineingebracht werden. Wir werden uns einmal an den Zustand gewöhnen müssen, daß wir nicht nur einmal im Jahr unsere Genossen wählen und sie dann auf alle Zeit hinaus mit dieser Arbeit betrauen, wenn sie nicht von sich aus einmal den Wunsch haben, nicht mehr mitzumachen. Da wir nun einmal im Zeitalter des Experimentierens und Improvisierens sind, wird sich für uns auch die Aufgabe ergeben, die Genossen in ihrer Arbeit zu prüfen und sie laufend zu überprüfen und den Mut zu haben, wenn jemand im Laufe des Jahres seine Arbeit nicht in dem von uns gewünschten Sinne entweder aus Unfähigkeit oder aus schlechtem Willen durchführen kann, ihn auch während der Amtsperiode abzurufen. Funktionäre sind nicht nur da, um während einer gewissen Zeit, meinetwegen in der Spanne eines Jahres, nie mehr überprüft und kontrolliert zu werden, sondern die Partei muß tatsächlich auch die notwendige Autorität besitzen, den, der seine Arbeit nicht tut, zurückzurufen. Ich freue mich auch heute noch darüber, daß wir feststellen können, daß eine ganze Reihe alter und ältester Genossen in der Partei heute ihre Pflicht tun. Aber ich muß auch darauf aufmerksam machen, daß sie mit dem Gewicht ihrer Autorität junge, aufkommende Kräfte manchmal erdrücken und sie einfach nicht zum Zuge kommen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist einmal gesagt worden: Eure Verdienste in allen Ehren, aber wenn es um das Leben der Partei geht, habt Ihr auch einmal abzutreten, ob Euch das paßt oder nicht. (Zustimmung.) Wenn wir unsere Agitations- und Organisationsarbeit einmal von diesen Dingen aus ansehen, so glaube ich, wird es besser werden. Wir haben bei uns im Bergischen, in der Ecke, wo die Kommunistische Partei heute noch ein Faktor ist, die Probe aufs Exempel gemacht, und ich glaube, sie ist nicht ganz daneben gelungen. Wenn heute Solingen mit den Kommunisten zu mindesten paritätisch, dann verdanken wir das nicht zuletzt auch unseren jüngsten und jüngeren

Funktionären, und wenn junge Funktionäre einmal etwas daneben machen, dann ist es besser, sie von Alten einmal zu korrigieren, als die Fehler der Alten aus der Vergangenheit und der Gegenwart konservieren zu wollen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat der Genosse *Mehnert*, Hannover. Ihm folgt der Genosse *Hernsdorf*, Hannover.

Heinz Mehnert, Hannover: Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir als einem der jüngsten Delegierten des Parteitages einige Worte zur Jugendfrage, die ja mit unserer Parteilorganisation untrennbar verbunden ist. Jugend ist grundsätzlich sozialistisch. Die Jugend wird nur dann militäristisch und nationalistisch, wenn sie aufgehetzt wird und ihre Ideale mißbraucht werden. Das Problem der Jugend heißt Wiedergutmachung an der Jugend. Die betäubten Grundinstinkte der jungen Menschen müssen wieder geweckt und gefördert werden, um die Jugend ins alte Gleichgewicht zurückzubringen. Dazu ist es erforderlich, daß man nicht immer und immer wieder über die Jugend, sondern mit ihr spricht, so wie es auch jene Kreise geschickt getan haben, die diese Jugend in jene furchtbare Lage gebracht haben. Nicht durch mit Applaus unterstrichenen Resolutionen ist dieses Ziel zu erreichen, sondern allein mit der festen inneren Überzeugung unserer erfahrenen Genossen, sich praktisch dieser Aufgabe anzunehmen und unermüdet zu arbeiten und bereit zu sein, gegebenenfalls selbst Platz zu machen für die junge Generation. Stellt die Jugend nicht als Assistenten an, sondern stellt die junge Generation mitten in die Verantwortung hinein. Seid als erfahrene Genossen treue Wächter, daß diese verantwortungsbereiten jungen Genossen nicht ausgleiten, daß sie nicht ausbrechen, aber weist nicht mit dem Finger auf diese Jugend, wenn sie einmal einen Fehler begeht. Politische Fehler haben schon die erfahrensten Routiniers gemacht. Nur mit Hilfe übertragener Verantwortung wird die Jugend aus ihrer geistigen Isolierung herauskommen. Die praktischen Erfahrungen zeigen oft, daß die Jugend mit schwierigsten Problemen fertig wird. Der eine wird dann den anderen mitreißen. Nur so wird nicht jene furchtbare Möglichkeit Tatsache werden, daß eine ganze Generation ausfällt und unsere Partei und unsere kommende Republik unhilfbaren Schaden erleiden.

Wir jungen Sozialisten glauben, daß einzig und allein die internationale Verbundenheit die Menschheit retten kann. Wir wünschen, daß die internationalen Verbindungen der Jugend der sozialistischen Parteien aller Länder trotz aller bestehenden Schwierigkeiten viel intensiver gestaltet werden. Führt die Jugend der Völker zusammen, und Ihr spart Jahre unfruchtbarer, internationaler Verhandlungen!

Eins muß ich noch hinzufügen: Die Jugend wird niemals zu gewinnen sein, wenn die notwendige Verbreiterung der Basis unserer Partei zur Mehrheitspartei auf Kosten der revolutionären Gesinnung und Einstellung unserer Partei geschieht. Wir befürchten oft, daß unserer Partei zu viele Zöpfe anhängen, und wir glauben, daß ein Teil der Funktionäre sich allzusehr in Selbstzufriedenheit gefällt. Jugend ist sozialistisch und revolutionär zugleich, das müssen wir in Rechnung stellen, und sie wird sich jeder Verbürgerlichung unserer Partei entgegenstemmen. Wir glauben auch, daß die SPD von 1947 sich mehr eines August Bebel's erinnern müßte und nicht immer wieder an 1933 anschließen sollte. (Beifall.)

Die Jugend muß wissen, daß sie eine neue, bessere Welt baut für die ganze Menschheit und damit für sich selbst. Dafür, Genossinnen und Genossen, setzt Euch ein! Wenn schon Euch nicht das Glück dieser Welt beschieden war, dann sollen wenigstens Eure Kinder einmal sagen können, daß das Leben in einer wahrhaft sozialistischen Welt, zu der Ihr den Grundstein gelegt habt, lebenswert ist. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat der Genosse *Hernsdorf*, Hannover. Ihm folgt die Genossin *Kranstöver*, Kiel.

Hans Hernsdorf, Hannover: Genossinnen und Genossen! Einige Freunde haben mich beauftragt, da kein Bericht über die Jugendarbeit gegeben worden ist, den

Bericht des Genossen *Erich Ollenhauer* über die Jungsozialistenarbeit ein wenig zu ergänzen. Das will ich tun. Als in Nürnberg im Juli vorigen Jahres die Jugend aus allen Gebieten des Reiches das erste Mal zusammenkam und auch zur Frage der Jungsozialisten Stellung nahm, war sie sich darüber klar, daß man bei jungsozialistischer Arbeit nicht an die jungsozialistische Tradition vor 1933 anknüpfen konnte, sondern daß diese Arbeit einen ganz neuen Inhalt bekommen mußte. Dies ist im Laufe des Jahres geschehen. Wir haben heute bei den Jungsozialisten bei Abschluß des Berichtes 932 Arbeitsgemeinschaften mit einer aktiven Teilnehmerzahl von 30 000 jungen Genossinnen und Genossen. Die Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaften ist sehr differenziert und läßt sich in einem kurzen Bericht von fünf oder zehn Minuten nicht genau erläutern. Oberster Grundsatz der Arbeit der Jungsozialisten ist nach wie vor die Schulungsarbeit und die Erziehung dieser jungen Freunde im sozialistischen Geist. Ich muß sagen, daß heute in der Jungsozialistenarbeit die Stärke nicht mehr so sehr wie früher in der Stadt liegt, sondern daß wir gerade in den ländlichen Gebieten einen ganz enormen Aufschwung haben, und daß dort ein Reservoir liegt, das noch gewaltig für uns ausbeutet werden kann.

Ich möchte vor allen Dingen den älteren Genossen, die bei dem Wort Jungsozialisten stets etwas beunruhigt sind, sagen: Jungsozialistenarbeit ist keine Sonderarbeit, und Jungsozialisten sind keine Sonderorganisationen, sondern oberstes Prinzip der Jungsozialistenarbeit ist Parteiarbeit, und die Jungsozialisten wollen die aktivsten Funktionäre der Partei werden. Dieser Grundsatz kam auf der Reichskonferenz in Gelsenkirchen, die wir im Mai abhielten, zum Ausdruck. Ich kann Ihnen sagen, daß nicht die geringsten Bestrebungen bestehen, die Jungsozialisten als eine eigene Organisation zu betrachten, sondern wir betrachten unsere Arbeit als vorübergehend. Das heißt, der Hohlraum in der Alterspyramide, der durch die 12 Jahre entstanden ist, soll ausgefüllt werden, indem Jungfunktionäre herangebildet und in die Parteiarbeit eingereiht werden. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo einmal Jungsozialistenarbeit im heutigen Sinne überflüssig ist, wo wir nur noch Jugendarbeit und Parteiarbeit haben. Das ist unser Ziel. Es sind in verschiedenen Bezirken bereits Sekretäre für Jungsozialistenarbeit angestellt worden, und wir können sagen, daß die Arbeit in Norddeutschland wie in Süddeutschland und besonders auch hier in Nürnberg außerordentlich gut fundiert ist. Ich versichere Ihnen, die Jungsozialisten werden alles, aber auch alles daran setzen, um das Banner aufzugreifen, das eventuell einmal den Älteren entfallen könnte und es vorwärts tragen im Sinne der großen sozialdemokratischen Tradition: vorwärts für Freiheit, Sozialismus und Völkerverständigung. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat die Genossin *Kranstöver*, Kiel. Ihr folgt *Adolf Dünnebacke*, Berlin.

Anni Kranstöver, Kiel: Genossen und Genossinnen! Ich habe den Eindruck, als ob die Diskussionsredner bisher einen sehr wesentlichen Teil unserer politischen Arbeit völlig außer acht gelassen haben. Das ist nämlich die Gewinnung von weiblichen Mitgliedern und die Beeinflussung der Wählerinnen. Leider haben in den Jahren 1932 und 1933 Millionen von Frauen dem Machthaber ihre Stimme gegeben, der uns in dieses namenlose Elend unserer Tage geführt hat. Es muß unsere vordringlichste und wichtigste Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß ein solches Unglück sich nie wiederholt. Die Genossin *Gotthelf* hat in ihrem Bericht aufgezeigt, daß zwar an vereinzelt Stellen die Frauen im öffentlichen Leben tätig sind, und wir freuen uns auch, daß das in der Partei der Fall ist. Wenn hier auch mit großem Bedauern festgestellt worden ist, daß im Bayerischen Landtag keine Frau sitzt, so wissen wir doch, daß in diesem Land, dessen herzliche Gastfreundschaft wir alle dankbar genießen, eine Frau als Landesvorsitzende vorhanden ist, und wir haben die Freude, in zwei Bezirken, in Berlin und in Schleswig-Holstein, Frauen als Bezirksvorsitzende mit gleichen Rechten zu sehen. Aber diese Frauen sind in erster Linie als Menschen und nicht als Frauen gewählt worden. Selen wir uns darüber

klar, wir werden immer mehr Frauen in die Arbeit hincinstellen müssen, wenn wir den Einfluß auf die Wählerinnen nicht verlieren wollen. Die Waffe des Politikers ist das Wort. Wir brauchen das kluge, richtungweisende und aufbauende Wort des Mannes, und wir brauchen in dieser großen Notzeit das hilfsbereite, verstehende und mütterliche Wort der Frau. Wir haben in Schleswig-Holstein unseren Wahlsieg nicht zuletzt den vielen Frauenstimmen zu verdanken. Wir haben diese Stimmen gewonnen, weil die Menschen die große Hoffnung und das Vertrauen in uns gesetzt haben, daß wir sie aus der Not und dem Elend unserer Tage herausführen, und wir werden Mühe und Not haben, alle unsere Kräfte in rastloser Arbeit und mit hingebender Leidenschaft dafür einzusetzen, daß dieses Vertrauen nicht enttäuscht wird. Wir haben die große Bitte an alle Genossen dieses Parteitages, überall dafür zu sorgen, daß die Frauen an den richtigen Platz gestellt werden, damit sich die Katastrophe nicht wiederholt und nicht ein zweites Mal das Kreuz auf dem falschen Feld des Wahlzettels, von dem der Genosse *Stampfer* gesprochen hat, uns zum Verhängnis wird. Wir wollen als Männer und Frauen in der Partei gemeinsam daran mitwirken, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufgebaut werden kann zum Wohle unseres Volkes und für die gute Zukunft unserer Kinder. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat der Genosse *Dünnebacke*, Berlin. Ihm folgt der Genosse *Bergmann*, Essen.

Adolf Dünnebacke, Berlin: Genossinnen und Genossen! Die Gewerkschaftspolitik ist in dem Bericht des Vorstandes ein wenig am Rande behandelt worden. Das ist verständlich bei der Fülle der Probleme, die zu behandeln waren. Aber es entspricht nicht der Auffassung der gewerkschaftlich-orientierten Mitglieder unserer Partei, welche mit Sorge beobachten, daß eine gewisse Desorientierung in gewerkschaftlichen Fragen innerhalb der Arbeiterschaft und innerhalb der Partei sich bemerkbar macht, eine Desorientierung, die zu ganz bedenklichen Konsequenzen führen kann. Nicht nur in Deutschland, in der ganzen Welt bahnen sich auf diesem Gebiet Veränderungen an. Wir brauchen nur an die gewerkschaftspolitische Entwicklung in Amerika zu denken. Wir brauchen nur zu beobachten, wie in Frankreich die Gewerkschaften radikalisiert werden und staatspolitischen Einfluß auszuüben versuchen. Vielleicht können wir auch die Streiks im Ruhrgebiet als eine Entwicklung beobachten, die zu ganz bestimmten staatspolitischen Konsequenzen führen muß. Die Abgrenzung der staatspolitischen Aufgaben zu den engeren klassenpolitischen Interessen der Arbeiterschaft muß gefunden werden. Wenn auch in Deutschland zur Zeit die Dinge nicht akut geworden sind, so werden wir früher oder später in dieses Kraftfeld einbezogen werden und haben dementsprechend die notwendigen organisatorischen und programmatischen Vorbereitungen zu treffen.

Genosse *Schumacher* hat von der Narrenfreiheit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften gesprochen. Ich glaube, wir in Berlin und in der Ostzone sind hart an der Grenze dessen angelangt, was man den Kommunisten innerhalb der Gewerkschaft an Narrenfreiheit zugestehen darf. Die kommunistisch geleiteten Gewerkschaften in Berlin und in der Ostzone sind neuerdings zum Gemüsehandel in Konkurrenz getreten. Sie beschäftigen sich mit der Verteilung von Textilien, von Schuhwaren, von Schnaps und anderen Mangelwaren. Neuerdings tritt sogar die Forderung auf, die gesamte Versorgung der Bevölkerung in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Diese Tatsache und diese Entwicklung beleuchtet eine vollkommen mangelhafte Ordnung der geistigen Begriffe. Sie zeigt einen falschen Begriff von der Zuständigkeit der Organe des öffentlichen Lebens und eine schlechte Arbeitsteilung. Sie bedeutet ferner die heraufstolgende Gefahr einer Korruption innerhalb der Gewerkschaften. Wer in der gegenwärtigen Notzeit den Mangel an Lebensmitteln und Bedarfsgütern dazu benutzt, um Mitglieder zu werben, der mag damit einen augenblicklichen Erfolg erzielen. Auf die Dauer gewinnt er nur einen Interessentenhaufen, und niemals wird er imstande sein, eine gesunde gewerkschaftliche Organisation aufzubauen.

Wie ist diesen Gefahren zu begegnen? Es ist notwendig, uns von dem traditionellen Begriff einer parteipolitischen Neutralität innerhalb der Sozialdemokratischen Partei loszumachen. Die Dinge sind nicht mehr so wie vor 1933, als die Gewerkschaften noch im wesentlichen sozialdemokratischen Gedankengängen zugänglich waren. Es bahnt sich eine Entwicklung an, welche zu einer bedenklichen Radikalisierung und zu einer ideologischen Desorientierung der gesamten betrieblichen Arbeiterschaft führt. Es ist notwendig, die Gewerkschaftsfrage vom sozialdemokratischen Standpunkt, vom Ideengut des demokratischen Sozialismus aus zu betrachten und dabei zu beachten, daß die staatspolitischen Aufgaben Sache der Parteien sind und daß die Gewerkschaften lediglich spezielle wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben und Funktionen zu lösen haben, daß sie aber nicht dazu berufen sind, selbst als staatspolitischer Faktor aufzutreten. An organisatorischen Maßnahmen ist dazu notwendig, daß wir mit Beschleunigung an den Aufbau der betrieblichen Arbeit gehen, in allen Betrieben Betriebsgruppen bilden, eine Intensivierung der betrieblichen Arbeit vornehmen, wie wir sie bisher nur noch bei den Kommunisten zu beobachten in der Lage waren. Notwendig ist ferner, daß eine ganz spezielle sozialdemokratische Gewerkschaftsprogrammatik entwickelt wird, welche den Wandel in den Funktionen und Formen des Klassenkampfes beachtet, wie er sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und in der Welt gezeigt hat. Das heißt, daß eine Synthese gefunden werden muß zwischen den staatspolitischen Aufgaben und den klassenpolitischen Interessen, welche wir zu beachten haben. Diese Aufgabe erscheint mir so wichtig, daß es notwendig wäre, dem Vorstand zu empfehlen, eine Studienkommission einzusetzen, die sich die Entwicklung einer sozialdemokratischen Gewerkschaftsprogrammatik zur speziellen Aufgabe macht. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat Genosse *Bergmann*, Essen. Ihm folgt *Erwin Stein*, Rheinpfalz.

K. Bergmann, Essen: Genossinnen und Genossen! Endlich findet man sich bereit, Partei-Betriebsgruppen aufzuziehen. Ich bin erstaunt, daß sie jetzt erst gefordert werden. Man müßte erwarten, daß diese Betriebsgruppen auf Grund der Zwangsläufigkeit schon gegründet waren. (Zuruf: Sind sie auch!) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unsere Arbeit sich dringend damit beschäftigen muß, das Verhältnis zwischen Betriebsgruppen der Partei und den Gewerkschaften zu klären.

Wir müssen uns im klaren sein: Wenn es der deutschen Angestellten- und Arbeiterbewegung gelingen soll, ihre große Aufgabe zu lösen, müssen wir unsere vornehmste Aufgabe darin sehen, den Bestand der Einheitsgewerkschaftsorganisation zu erhalten und auszubauen. Nur diese sind in der Lage, die nötige Schlagkraft zu entwickeln, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es zeigt sich, daß einzelne Genossen kein Verständnis dafür finden, den Einklang zu finden zwischen Betriebsgruppen und Gewerkschaftsarbeit. Seit über einem Jahre betreiben wir diese Praxis, und es gibt dort keinen Widerspruch, sondern Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsarbeit ist eins. Sie gehören zusammen, und es ist erfreulich, daß nun auch die Partei sich auf Betriebsarbeit umstellen will. Denn dort finden sich die Arbeiter täglich, dort wird über politische Fragen diskutiert. In den Betrieben sind die Massen und besprechen ihr Schicksal, und dort muß der Sozialdemokrat wirken. Er hat Fragen aufzuwerfen, er hat zu diskutieren, und ganz von selbst gewinnt er das Vertrauen seiner Kollegen, ganz von selbst erobert er die Führerposition, die er im Betriebe notwendig hat. Dann kommen wir dazu, die Betriebe politisch zu erobern.

Damit haben wir viel gewonnen, indem neue Funktionen gewonnen werden und ihnen eine Aufgabe, ein Betätigungsfeld gegeben wird. Und glauben Sie, aus unserer Praxis haben wir es erlebt, mit welcher Begeisterung, mit welchem Elan unsere Kameraden aus dem Bergbau dort herangehen und zum Gegenschlage ausgeholt haben. Denn nur so ist es uns gelungen, den Ansturm, der von der einen Seite drohte, nicht nur abzuwehren, sondern uns selbst an die Spitze zu stellen und

die Belange der Kollegen zu vertreten. So gewinnen wir das Vertrauen der breitesten Schichten für unsere Partei.

Wenn vom Genossen *Ollenhauer* Schulung unserer Funktionäre gefordert wurde, so ist es besonders wichtig, die Betriebsfunktionäre zu schulen. Seit längerer Zeit werden seitens der Kommunistischen Partei auf mehrere Wochen ihre Leute herausgezogen und dann wieder in den Betrieb hineingeworfen. Schaffen wir das Gleichgewicht, schulen wir unsere Genossen, dann werden sie die Funktionäre, die imstande sind, den Kampf zu führen.

Außerdem ist es dringend erforderlich — das hat sich bei uns in Essen gezeigt —, eine eigene Betriebszeitung herauszugeben. Denn damit haben wir die Möglichkeit, dem Betriebsfunktionär den Diskussionsstoff zu geben, den er benötigt, um zu diskutieren.

Nun zu einem anderen Problem, das der Genosse *Ollenhauer* aufgeworfen hat: jungsozialistischer Arbeit. Ich hatte dabei den Eindruck, als wollte der Genosse *Ollenhauer* die Jungsozialistengruppen nach dem alten Schema von vor 1933 aufziehen. Ich möchte davor warnen, nur Diskuterklubs aufzuziehen. Damit haben wir nur einen kleinen und engen Rahmen erreicht. Hier möchte ich mich lieber den Ausführungen eines Diskussionsredners anschließen: Unsere Jungsozialisten müssen die entscheidendsten Funktionäre in der Partei und zu gleicher Zeit im Betriebe sein. Denn dort müssen sie ihren Elan und ihre Ellbogen gebrauchen. Stellen wir ihnen eine Aufgabe, damit sie dann gezwungen sind, sich zu betätigen. Sie haben ja die Aufgabe, nicht nur unsere jungen Parteigenossen zu führen, sondern die Aufgabe, den jungen Menschen überall zu vertreten, wo er ist: die Jungarbeiter in den Sportorganisationen, im Betrieb usw. Das ist die Aufgabe der jungen Sozialdemokraten. Fassen wir die Arbeit eines jungen Sozialdemokraten so auf, dann gelingt es uns, die junge Generation für die Sozialdemokratie zu gewinnen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Als nächster Redner hat das Wort der Genosse *Erwin Stein*, Rheinpfalz. Ihm folgt als letzter Diskussionsredner Genosse *Niefwandt*, Essen.

Erwin Stein, Rheinpfalz: Meine lieben Parteigenossen und Parteigenossinnen! Wir dürfen um die freundliche Aufmerksamkeit dieses Parteitags bitten, auch wenn es sich um die kleinen Leute aus der Provinz handelt, die hier das Wort ergreifen. Es geht oft der Streit darum, inwieweit die Partei in einer solchen Zeit eine Verantwortung in den Gemeinden übernehmen kann oder nicht, und inwieweit die Parteiorganisation dies verträgt. Es ist zu sagen, daß eine Partei oder eine politische Bewegung auch die Verantwortung für unpopuläre oder unpopulär erscheinende Maßnahmen tragen kann, wenn ihr Aufklärungsapparat stark genug ist, die Unvermeidlichkeit solcher Maßnahmen nachzuweisen und in allen Köpfen der breiten Schichten zum Bewußtsein zu bringen. Unsere Partei ist im Begriff, staatspolitisch und kommunalpolitisch eine Stellung zu beziehen, die eine starke und breite Aufklärungsorganisation voraussetzt. Unsere Aufklärungskräfte und die dazu nötige Organisation sind noch zu schwach, um unsere Maßnahmen und Vorschläge die nötige Resonanz in den breiten Volksschichten zu verschaffen. Nicht nur, daß wir im Hinblick auf die junge Wiedergeburt der Partei nur über eine ungenügende Zahl politischer Funktionäre, insbesondere aus der jüngeren Generation, verfügen, sind wir auch im Begriff, zahlreiche bisher in der praktischen Arbeit der Parteiorganisation verwendete Funktionärskräfte an die öffentliche Verwaltung abzugeben. Die starke Inanspruchnahme dieser Parteigenossen in der Verwaltung rechtfertigt wenigstens teilweise ihren Rückzug aus der praktischen Organisationsarbeit der Partei. Die rasche Heranbildung junger politischer Funktionäre wird daher zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit. Wir brauchen einen wesentlich größeren Stab von jungen Referenten, von jungen Agitatoren und Organisationskräften, die mit einem gediegenen politischen Wissen

ausgestattet sind. Wir müssen bitten, daß die Partei hier schnellstens in höherem Maße Bildungslehrgänge durchführt, die aus dem reichen Reservoir der jungen Parteiorganisation schöpfen werden. Ich wiederhole hier den gestrigen Satz unseres Genossen Dr. Schumacher, daß mancher ältere Funktionär, der auf einer Vielzahl von Funktionen sitzt, sich überlegen müßte, ob er nicht bald jüngeren Kräften bestimmte Aufgaben aus seinem Aufgabenkreis zuweisen sollte.

Nun noch ein Wort zu Organisation und Propaganda an sich. Allenthalben wird gesagt, man sollte nicht dort anfangen, wo wir 1933 aufgehört haben. Unter denen, die das sagen, gibt es leider viele, die in den veralteten Methoden der Agitation und Werbung weiterfahren, ohne es zu merken. Sie glauben, es genüge, wenn alle drei Monate eine Mitgliederversammlung und alle acht Wochen eine Ausschußsitzung stattfände, und daß man öffentliche Versammlungen nur in Zeiten des Wahlkampfes durchführen solle. Es ist am Platze, durch Belehrung hier einen Wandel der Ansichten herbeizuführen und den Zurückgebliebenen einen anderen Rhythmus des Organisationslebens beizubringen. In der Propaganda müssen wir eines lernen: unsere eigenen Leistungen jeweils besser herauszustellen. Das tun die anderen, und das haben die anderen uns voraus. Aus jedem Agitationsantrag, den sie irgendwo einbrachten, haben sie eine unglaubliche Stimmungsmache entfesselt, während wir so gutgläubig waren anzunehmen, daß die breiten Massen von selbst unsere Leistungen und Anstrengungen anerkennen würden. Auch hier muß viel mehr aktive Herausstellung unserer tatsächlichen Arbeit Platz greifen.

Schließlich noch ein Wort zur Parteidisziplin. — Zur Parteidisziplin gehört, daß man in öffentlichen Ämtern stehende Genossen nicht angreift oder unter Kritik stellt, wenn politische Gegner anwesend und Zeugen solcher Ausfälle sind. Der politische Gegner läuert darauf, solche inneren Spannungen und Meinungsver-schiedenheiten in unserer Partei zu kennen und sie auszuschlachten. Kritik ist notwendig am Platze. Aber sie muß sich auf dem breiten Felde unserer inneren, demokratischen Parteiorganisation entfalten. In vielen Gemeinden kann demgegen-über beobachtet werden, daß Bürgermeistergenossen oder sonstige in der Ver-waltung stehende Genossen den Kontakt zur Partei zu verlieren im Begriffe sind, daß sie souverän arbeiten, daß sie sich selten oder überhaupt nicht mit der Partei zusammensetzen, um Rückfrage zu halten, wenn sie, diese Bürgermeistergenossen, vor wichtigen Entscheidungen stehen. Daraus sind mancherlei Fehler und Irrtümer entstanden, die ihrerseits wieder zu unerwünschten Spannungen innerhalb mancher Parteiorbitsvereine führten und die Werbekraft unserer Partei bei Wahlkämpfen usw. lähmten. Wir müssen ernstlich bitten, daß jeder Genosse, der als führender Beamter unsere Partei repräsentiert oder sich in der Behauptung seiner Position auf die Partei stützt, ständigen Kontakt mit der Partei hält und bei der Durchführung seiner Maßnahmen vor allem die Ansichten der Gesamtpartei mit zugrunde zu legen versucht.

Auch dürfen Genossen, die nun einmal in einer arbeitsreichen Position stehen, nicht glauben, daß sie damit von jeglicher Parteiorganisationsarbeit entbunden wären. Die gesunde und breite Organisation unserer Partei, die tägliche Kleinarbeit und Aufklärungstätigkeit sind uns so wichtig, daß wir auf die praktische Mitarbeit eines jeden dieser Genossen unbedingt rechnen können. Die Jungsozialisten, über die gesprochen wurde, werden erst dann zu einer breiten Bewegung werden, wenn die Mehrheit unserer älteren Parteifunktionäre begriffen hat, daß sie ihre Söhne und Töchter zuhause gelstig so zu erziehen haben, daß diesen jungen Menschen die Zugehörigkeit zu unserer Jugendbewegung und den Jungsozialisten zu einer inneren Selbstverständlichkeit wird. (Beifall.)

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich appelliere daher an einen fort-schrittlicheren Geist in Fragen der Parteiorganisation und Parteidisziplin, und ich appelliere an Sie alle, in der Frage der Erfassung der Jugend innerhalb Ihrer eigenen Familie ein Vorbild zu schaffen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Als letzter Diskussionsredner hat das Wort der Genosse *Nießwandt*, Essen.

Wilhelm Nießwandt, Essen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Im Telegrammstil möchte ich ganz einfach, aber doch präzise zu dem Stellung nehmen, was die Genossen *Ollenhauer* und *Nau* als Ergänzung zu dem Bericht des Vorstandes uns mitgeteilt haben. Wir sind mit dem Ergebnis der Arbeit, sagt der Genosse *Ollenhauer*, nicht zufrieden. Auch ich bin mit diesem Ergebnis nicht zufrieden und möchte nur ein paar Punkte zur Überlegung und Betrachtung ansprechen, und zwar die Fachausschüsse der Partei.

Nehmen wir einmal den kommunalpolitischen Ausschuß, so stellen wir fest, daß es leider noch nicht gelungen ist, auf diesem so eminent wichtigen Gebiet zu einer ganz klaren Marschroute zu kommen, die die Gesamtpartei zu bilden und fortzusetzen hat. Was sich hier zeigt, die Zwiespältigkeit zwischen den Beamten und Kommunalvertretern der Partei, muß unter allen Umständen unterbunden werden. Es darf nicht vorkommen, daß beamtete Genossen in einer Richtung marschieren, die letzten Endes durch die Exponenten der CDU vertreten wird. Ich wehre mich dagegen, daß, wenn schon diese Zweiteilung existiert, dann dazu noch das Primat der kommunalen Körperschaft gehört, die sich die Vertretung des Volkes nennt.

Weiter vermisste ich beim Fachausschuß für Kulturpolitik die absolute Rührung, die wir nun endlich einmal einschlagen müssen. Ich möchte auch besonders daran erinnern, daß hier zwei Probleme absolut nicht geklärt worden sind, einmal die Schule als solche, darüber hinaus aber auch das Gebiet der Fachschulen, das von der Gegenseite mit allen Mitteln in Angriff genommen wird. Die Partei muß sich entscheiden, ob sie die Fachschulen auch den andern Kräften — ich meine vornehmlich die Kräfte der CDU — und ihren Hintermännern ausliefern will. Die Partei muß darauf Bedacht nehmen, daß auch der Nachwuchs für die deutsche Wirtschaft von Dingen beeinflusst wird, die letzten Endes ein Positivum und nicht ein Negativum bedeuten.

Nur ein Wort zur Betriebsarbeit. Der Erfolg unserer Betriebsarbeit wird abhängen von dem Selbstbewußtsein unserer Funktionäre, die wir in dem Betrieb haben. Darauf ist und muß unsere ganze Bildung und Schulung abgestellt werden.

Eine weitere Mahnung an den Vorstand: Wenn wir die Ergebnisse der vergangenen Arbeit nicht als befriedigend ansehen, dann gebe ich zu bedenken, daß dies auch an der Gruppierung der Organisation liegt, und ich empfehle ganz entschieden, die Einteilung und Regelung innerhalb der Organisation einer Überprüfung zu unterziehen. Denn wenn ich das sage, habe ich jedenfalls auch einen Grund, und ich will letzten Endes nachweisen, welche Möglichkeiten gegeben sind, wenn mit dieser Intensität an die Arbeit gegangen wird und der Schwerpunkt als solcher erkannt und auch herausgearbeitet wird.

Darf ich einmal auf dem Parteitag erklären, daß zum Beispiel diese Stadt Essen, die vor 1932 eine Metropole des Zentrums war, wo die Partei ganze 2000 Mitglieder zählte, heute einfach von uns erobert worden ist, indem von sieben Abgeordneten fünf Genossen in den Landtag eingezogen sind. Ich meine damit, daß auch in diesem schwärzesten Ort eine Arbeit möglich ist, die den Erfolg garantiert, wenn man nur will.

Weiterhin eine andere Frage, weil meine Zeit sehr kurz ist: die Frage der Presse, da auch Essen in dem Bericht des Genossen *Nau* genannt wurde. In Verbindung mit der „Konzentration“ möchte ich hier erklären: Partei und Presse gehören zusammen. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß es im Augenblick vielleicht ganz besonders notwendig ist, daß sie getrennt marschieren, und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde. Mag die Partei als solche bereits in etwas fundamementiert sein, unsere Presse war es unter keinen Umständen, und sie soll sich den Resonanzboden erobern, der letzten Endes erforderlich ist, um alle Angriffe, die gestartet werden, abzubiegen. Ich denke ganz besonders daran, daß die Militärregierung in Verbindung mit Ratgebern, die immer wieder auf der rechten Seite stehen, alles daran gesetzt hat, die sogenannte überparteiliche Presse in die Wege

zu leisten. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden. Denn davon hängt nämlich noch etwas anderes ab: das Wiederaufleben der ehemaligen Generalanzeiger. Ich bin der Auffassung, sollte es einmal dazu kommen, so muß die Parteipresse instande sein, den Vorsprung, den sie einmal gewonnen hat, auszuwerten und diesen unberechenbaren Blättern jegliche Resonanz zu nehmen. Darum stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Schaffung einer „Konzentration“ unbedingt als verfrüht angesehen werden muß, weil damit Erinnerungen verbunden sind, die wir nicht gern in unser Gedächtnis zurückrufen wollen. Mehr möchte ich im Augenblick nicht dazu sagen, sondern möchte nur noch hinzufügen: Wenn es uns gelingt, auch die Presse auf die Sprache auszurichten, die allen verständlich erscheint, und wenn wir die ersten von mir aufgeführten Grundsätze mehr beachten, dann werden Organisation und Presse imstande sein, breiteste Schichten des Volkes zu erobern und unsere Machtposition im Reich zu sichern.

Stellvertretender Vorsitzender *Loßmann*: Das Schlußwort für sämtliche Berichterstatter hat der Genosse *Ollenhauer*.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Zunächst einige Bemerkungen zu den zu diesen Punkten der Tagesordnung vorliegenden Anträgen. Wir haben die Anträge 6 und 7, Unterbezirk Celle und Kreisverein Münster-Land. In beiden Anträgen wird völlige Neuwahl der Gemeinde- und Kreisparlamente in der britischen Zone gewünscht. Ich möchte dazu mitteilen, daß die sozialdemokratischen Fraktionen in den Landtagen der britischen Zone bei der Aufnahme der Tätigkeit der neugewählten Landtage Anträge einbringen werden, in den Ländern der britischen Zone eine neue Gemeindeordnung und ein neues Gemeindevahlrecht zu schaffen und nach der Verabschiedung dieser Gesetze in allen Ländern der britischen Zone völlige Neuwahlen der Kreis- und Kommunalparlamente durchzuführen. Diese Aktion wird in einzelnen Länderparlamenten in den nächsten Wochen starten, und wir empfehlen mit Rücksicht auf diesen Beschluß des Parteivorstandes, die beiden Anträge 6 und 7 mit dieser Erklärung des Parteivorstandes als erledigt zu betrachten.

Der Antrag 8 ist bereits angenommen.

Antrag 9 deckt sich mit meinen Ausführungen über die Notwendigkeit der Heranziehung von jungen Parteigenossen zu aktiven Funktionen in der Partei. Der Parteivorstand empfiehlt deshalb die Annahme des Antrags.

Der Antrag 10, der die Schaffung von Parteschulen fordert, entspricht unseren eigenen Vorstellungen. Ich habe in meinem Bericht dargestellt, daß wir selbst bemüht sind, solche Parteschulen in möglichst kurzer Frist zu schaffen. Wir empfehlen deshalb, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Die Anträge 11 und 12, die sich mit Fragen der Presse beschäftigen, empfehlen wir ebenfalls dem Parteivorstand zu überweisen.

Außerdem bitten wir, den Antrag 49 des Parteivorstandes und des Partelausschusses, der in der Vorlage Nr. 8 abgedruckt ist, anzunehmen.

Nun möchte ich einige Bemerkungen zu der Diskussion über die Berichte des Parteivorstandes über die geleistete Arbeit machen. Ich darf wohl zunächst feststellen, daß die Diskussion gezeigt hat, daß der Parteitag die vom Parteivorstand und seinen Einrichtungen im vergangenen Jahr geleistete Arbeit im allgemeinen anerkannt hat. Es ist keine ernsthafte Kritik an unserer Arbeit geübt worden, und wir freuen uns, daraus schließen zu können, daß wir in unserer Arbeit in Übereinstimmung mit dem Willen und den Vorstellungen der Parteimitgliedschaft gestanden haben.

Der Genosse *Nießwandt* hat einige Bemerkungen über die Entwicklung auf dem Gebiete des Pressewesens gemacht. Ich kann mich darauf beschränken, an die Ausführung des Genossen *Heine* zu erinnern, der die Auffassung des Parteivorstandes hinsichtlich unserer Stellung zu der sogenannten überparteilichen Presse hier klar dargestellt hat. Zwischen dem, was der Genosse *Nießwandt* gesagt hat, und unseren eigenen Vorstellungen gibt es keine Meinungsverschiedenheit.

Wir werden in unserer praktischen Arbeit versuchen, diese unsere Vorstellungen, die die Auffassung der Gesamtpartei darstellen, durchzusetzen.

Ich will nicht auf alle Einzelheiten der Diskussion eingehen. Ich möchte mich in meinem Schlußwort auf zwei Punkte beschränken, die in der Diskussion eindeutig vorgeherrscht haben. Der erste Punkt ist die Frage einer besseren Entwicklung und Intensivierung unserer Arbeit in den Betrieben. Einige der Diskussionsredner haben die Forderung nach einer verstärkten sozialdemokratischen Betriebsarbeit verbunden mit kritischen Bemerkungen über die Gewerkschaftsbewegung. Das veranlaßt mich, hier vor dem Parteitag und, wie ich überzeugt bin, als Auffassung der Gesamtpartei festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich nach wie vor und wie immer in ihrer Geschichte positiv zur Gewerkschaftsbewegung steht (Beifall), daß es unsere Auffassung ist, daß die Entwicklung und die Ausgestaltung einer starken Gewerkschaftsbewegung, einer aktiven Gewerkschaftspolitik für den Bestand und den Aufbau der deutschen Demokratie und für die Entwicklung eines sozialistischen Gemeinwesens eine Lebensnotwendigkeit ist. Es ist die Pflicht jedes Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitglied zu sein, aktiv in der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten und für das Anwachsen und für die verstärkte Aktivität der Gewerkschaft tätig zu sein. Wir sehen auch heute in der Gewerkschaftsbewegung die zweite große Säule der deutschen Arbeiterbewegung, von deren Stärke und Einfluß unendlich viel für die Durchsetzung unserer sozialistischen Vorstellungen abhängt.

Genossen! Wir verstehen die neue Situation, die für die Gewerkschaften durch die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft entstanden ist. Wir bejahen den Gedanken und den Versuch, eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation aller Arbeitenden in Deutschland aufzubauen. Wir akzeptieren die sich daraus ergebende Verpflichtung der Gewerkschaft, in parteipolitischen Fragen neutral zu sein. Wir sind überzeugt, daß es auch die ehrliche Überzeugung der Gewerkschaftler ist, daß auf der anderen Seite eine fruchtbare Gewerkschaftspolitik nur möglich ist, wenn sie aufgebaut ist auf den Grundgedanken unserer Vorstellungen für eine sozialistische Gemeinwirtschaft. Es kommt darauf an, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die als einzige auf dem Boden einer sozialistischen Entwicklung steht, von ihren verschiedenen Standpunkten und Aufgaben aus sich in dem Punkt zu gemeinsamer Arbeit treffen, um die sozialistischen Vorstellungen vor allen Dingen auf dem Gebiet der Wirtschaft durch politische und gewerkschaftliche Arbeit in die Wirklichkeit umzusetzen.

Aber, Genossen und Genossinnen, auf der anderen Seite ist es ebenso klar, daß die Sozialdemokratische Partei nicht darauf verzichten kann, für ihre sozialdemokratischen Ideen in den Betrieben zu werben und diese sozialdemokratischen Ideen in den Betrieben zu verfestigen. Man kann nicht unter der Fiktion leben, daß die Betriebe sozusagen ein politisches Vakuum sind, in denen parteipolitische Fragen nicht diskutiert und parteipolitische Meinungen nicht geformt werden. Die notwendige Neutralität der Gewerkschaft in ihrer Arbeit kann nicht die Konsequenz haben, daß wir nun in den Betrieben als Sozialdemokraten unseren politischen Gegnern das Feld überlassen. Es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, durch die Bildung von aktiven sozialdemokratischen Betriebsgruppen unsere sozialdemokratischen Genossen in den Betrieben zusammenzufassen und durch sie für die Auffassungen der Sozialdemokratie unter den Belegschaften der Betriebe zu werben.

Ich habe in meinem Bericht als Auffassung des Parteivorstandes vertreten, daß wir zu einer größeren Aktivität und zu einer größeren Planmäßigkeit auf diesem Gebiet kommen müssen. Ich habe davon gesprochen, daß wir als Parteivorstand in dieser Frage mit unseren eigenen Leistungen unzufrieden sind, und ich glaube, die Selbstkritik, die darin zum Ausdruck kommt, berechtigt mich aber auch zu der Feststellung, daß manches in dieser Beziehung schon besser wäre, wenn unsere vielfachen Anregungen in den Bezirken mit größerem Nachdruck schon früher in die Wirklichkeit überführt worden wären. Es sind nicht nur Mängel und Lücken oben, es gibt auch Mängel und Lücken und Nachlässigkeiten auf dem Gebiete der Aktivierung unserer Betriebsarbeit in den Bezirken. Wir werden den Genossen und

Genossinnen an diesen Stellen der Partei helfen, indem wir ein zentrales Betriebssekretariat einrichten mit dem Ziele, aus den Erfahrungen, die draußen gewonnen werden, und aus allen zentralen Notwendigkeiten unserer Arbeit eine Reihe von Richtlinien zu entwickeln, die unserer Arbeit auf diesem Gebiete eine einheitliche Grundlage geben.

Das kann keine Arbeit vom grünen Tisch aus sein, weniger als auf irgendeinem anderen Gebiete. Wir werden deshalb im Zusammenhang mit der Schaffung einer solchen zentralen Stelle beim Parteivorstand auch eine Kommission von Genossen und Genossinnen wählen, die draußen im Lande in der aktiven Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit stehen, damit die Summe der Erfahrungen, die wir gewinnen können, auch zentral ausgenutzt und allen Teilen der Partei auch zugeleitet werden kann.

Ich möchte zum Abschluß dieser Bemerkungen unterstreichen, daß der Parteivorstand in dieser Frage absolut positive Vorstellungen hat, daß wir aber wünschen, daß wir auf diesem Gebiete eine noch stärkere Mitarbeit von den Genossen und Genossinnen bekommen, die jetzt schon draußen in dieser praktischen Betriebsarbeit stehen.

Nun, Genossen, noch einige Bemerkungen zu dem zweiten Hauptthema der Diskussion, nämlich zu dem Verhältnis zwischen Partei und Jugend. Der Genosse *Bergmann*, Hessen, hat meine Ausführungen über die Jungsozialisten so verstanden, als ob ich die Vorstellung habe, daß unsere jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften Diskutierklubs werden sollen oder Gruppen von jungen Menschen, die ihre Energien verbrauchen in theoretischen Auseinandersetzungen. Ich glaube, daß keine Bemerkung meiner Ausführungen zu diesem Teil Anlaß zu dieser Auslegung gegeben hat. Sie entsprechen nicht meiner persönlichen Auffassung und, was viel wichtiger ist, sie entsprechen nicht den Vorstellungen der Genossen und Genossinnen, die heute aktiv in der jungsozialistischen Arbeit stehen.

Ich habe glücklicherweise an den meisten Tagungen unseres Arbeitsausschusses der Jungsozialisten teilgenommen, und ich muß sagen, das Erfreulichste an diesen Beratungen war, daß es unter den Trägern dieser Arbeit nicht die geringste Meinungsverschiedenheit darüber gab, daß die Jungsozialistengruppen von heute in erster Linie das Ziel haben müssen, diese Jungsozialistengruppen zu Aktivgruppen der Gesamtpartei heranzubilden. Ich glaube, daß die Einstellung der führenden jungsozialistischen Vertreter von heute uns die Gewähr dafür gibt, daß durch diese Arbeit unsere jungen Genossen und Genossinnen nicht auf das Gebiet abseitiger theoretischer Diskussionen geführt werden, sondern daß sie hineingeführt werden in all die praktischen Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat. Ich möchte aber hinzufügen, daß man auf der anderen Seite diesen jungen Genossen auch die Möglichkeit geben muß, den positiven Willen, den sie haben, in der Parteiorganisation durchzusetzen und sie an den Funktionen in der Partei zu beteiligen, und zwar auf jeder Stufe unseres organisatorischen Aufbaues.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen. Es ist selbstverständlich, Genossen und Genossinnen, daß die Frage Jugend und Partei heute weniger als je als ein organisatorisches und technisches Problem gesehen werden darf. Es ist ein eminent politisches und ein eminent psychologisches Problem. Die Partei muß immer wieder den Inhalt und die Richtung ihrer gesamten Arbeit dahingehend prüfen, ob wir mit unseren Vorstellungen, unseren Methoden und unseren Zielsetzungen auch den Weg zu den Herzen und Hirnen der jungen Menschen von heute finden. Nur in dem Maße, in dem es uns gelingt — ich erinnere an die Bemerkungen des Genossen *Dr. Schumacher* in seinem Schlußwort —, nicht nur durch organisatorische Mittel, sondern auch durch die politische Anziehungskraft, die die Sozialdemokratie ausübt, an die junge Generation heranzukommen, können wir die Zukunft unserer eigenen Bewegung in der nächsten Generation dauernd und sicher verankern. Das Problem ist bei weitem noch nicht gelöst, und wir werden sehr ernst und sehr oft an allen Stellen uns mit dieser Frage auseinandersetzen müssen.

Weil das so ist, möchte ich noch eine Bemerkung hinzufügen. Genossen und Genossinnen! Einer unserer jungen Genossen hat hier gesagt, die Jugend ist

revolutionär und sozialistisch. Ich will mit ihm über dieses Wort nicht debattieren. Aber ich möchte eins sagen: Ich glaube, wir werden das richtige Verhältnis zur jungen Generation von heute nicht finden, wenn wir uns unsere Vorstellungen über die Jugend von heute allzusehr vereinfachen. (Zustimmung.) All die Diskussionen über das deutsche Volk seit 1945, auch von Ausländern, die die Deutschen studiert haben, waren im wesentlichen immer wieder konzentriert auf die geistige und psychologische Verfassung der deutschen Jugend. Wir haben allzuoft beobachtet, daß man sehr leicht geneigt ist, bei der Beurteilung der deutschen Jugend im ganzen in das eine oder in das andere Extrem zu fallen. (Sehr richtig!) Es ist ein Unfug zu sagen, daß die deutsche Jugend von heute ein hoffnungsloser Fall sei und daß es keinen Zweck habe, sich um sie zu bemühen, denn sie sei durch 12 Jahre totalitärer Erziehung für immer für die Ideen der Demokratie und der Freiheit verloren. Diesen Unfug sollten wir nicht mitmachen, weil wir selbst dann in eine völlig falsche Position kommen. Das andere Extrem ist, daß man über alles, was mit der deutschen Jugend geschehen ist und was die jungen Menschen in der Zeit der Hitler-Diktatur aktiv mitgemacht haben, den Mantel einer sentimentalen Verzehrung deckt und sagt: alles ist gut.

Die einzig mögliche und dauerhafte Basis für eine Diskussion über das Problem zwischen Partei und Jugend wird sein, daß wir uns bemühen, die junge Generation von heute ernst zu nehmen, daß wir sie weder vorachten noch verurteilen, noch bemitleiden, sondern sie ernst nehmen. Wir müssen ihr durch eine sachlich klare, unemagogische Argumentation klarmachen, daß wir als Sozialdemokratie in Wirklichkeit die Partei der Jugend sind, weil wir den jungen Menschen die Chance geben wollen, in einer geordneten Wirtschaft ihre geistigen und kulturellen Fähigkeiten voll zu entfalten. Sie müssen die Überzeugung gewinnen, daß wir ihnen einen Platz geben wollen in der Gesellschaft, auf dem sie unter Entwicklung all ihrer Fähigkeiten sich entfalten können. Was der junge Mensch von heute morgen in der Gesellschaft sein wird, das hängt nicht nur davon ab, was ihm an Möglichkeiten zugeschoben wird oder was ihm an Fähigkeiten und Idealismus angedichtet wird, sondern das hängt von seiner eigenen persönlichen Leistung ab. (Zustimmung.) Wenn wir nicht so zur Jugend sprechen, werden wir aus ihr nie die Menschen heranbilden können, die aus eigener Verantwortung, aus dem Bewußtsein einer Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber, aus tiefer innerer Überzeugung Demokraten werden, Menschen, die wissen, daß die Demokratie den Menschen nicht nur Rechte gibt, sondern ihnen auch Verpflichtungen für die Gemeinschaft auferlegt. Diesen demokratischen und sozialen Geist in der Jugend zu entwickeln, dafür ist die Sozialdemokratie aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus die gegebene Stätte. Nutzen wir die Möglichkeit, indem wir in dieser Weise auf der Ebene echter Kameradschaft und gegenseitiger Achtung die junge Generation an die praktischen Aufgaben der politischen und sozialen Umgestaltung Deutschlands in der Richtung des Sozialismus heranzuführen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender **Julius Loßmann**, Nürnberg: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Genosse **Schönfelder** hat im Auftrage der Kontrollkommission beantragt, daß dem Kassierer, dem Genossen **Alfred Nau**, Entlastung erteilt wird (Zuruf: Und dem Geschäftsführenden Vorstand) und in Ergänzung damit dem gesamten Geschäftsführenden Vorstand Entlastung erteilt wird, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke, die Gegenprobe! — Ich konstatiere einstimmige Annahme.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die anderen Anträge.

Genosse **Ollenhauer** hat beantragt, die Anträge 6 und 7 durch seine Erklärung als erledigt zu betrachten. Ist eine andere Auffassung vorhanden? — Das ist nicht der Fall. Es wird also so entschieden.

Antrag 9 wird zur Annahme empfohlen. — Der Parteitag ist damit einverstanden,

Zu den Anträgen 10, 11 und 12 hat Genosse Ollenhauer beantragt, sie dem Parteivorstand zu überweisen. Ist eine gegenteilige Auffassung vorhanden? — Es ist dem Antrage entsprochen.

Antrag 13 soll später beraten werden. Zum Antrag 14 wird von dem Genossen *Nau* eine kleine Änderung beantragt. Nach diesem Antrag müßte das Organisationsstatut wie folgt geändert werden:

Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Hier beantragte Genosse *Nau*, daß hinter „jeder verkauften Marke“ eingefügt wird „eingeschlossen Eintrittsmarken“. Das hat den Sinn, daß in Zukunft den Bezirksverbänden bzw. den Ortsvereinen das gesamte Eintrittsgeld belassen wird. Wer mit diesem Antrag des Genossen *Nau*, dem sich auch der Parteivorstand und der Parteausschuß angeschlossen haben, einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke, die Gegenprobe! — Ich konstatiere ebenfalls einstimmige Annahme.

Antrag 15 wird von dem Genossen *Ollenhauer* beantragt abzulehnen. Ist eine gegenteilige Auffassung vorhanden? Wer mit der Ablehnung einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke, die Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

Dann kommt noch zur Abstimmung der Antrag 49 von der Vorlage Nr. 8. Ist es notwendig, den Antrag noch einmal zu verlesen? — Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Antrag des Parteivorstandes und des Parteausschusses. (Statutenänderung.)

Der § 22 des Organisationsstatutes wird wie folgt geändert: Nach dem Satz: „Sind im Bezirk mehr als 5000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen“, wird eingefügt:

„Bezirke, die die Zahl von 5000 weiblichen Mitgliedern nicht erreichen, können ebenfalls ein weibliches Mitglied in den Parteausschuß wählen, wenn der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt erreicht oder überschreitet. Für die Feststellung dieses Anspruches werden jeweils die Mitgliederzahlen am Schluß des letzten Geschäftsjahres zugrunde gelegt.“

Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

— Ich danke, die Gegenprobe! — Gegen einige Stimmen angenommen.

Damit, Genossen und Genossinnen, sind die Anträge zu Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich habe Ihnen nun zunächst folgendes Begrüßungstelegramm zur Kenntnis zu bringen:

In stolzer Erinnerung an bedeutsame Entscheidungen früherer Parteitage, die zum Aufstieg des Volkes führten, wünscht Euren Arbeiten für ein demokratisch-sozialistisches Deutschland besten Erfolg
Awein Brandes.

(Beifall.) Das ist der frühere Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Ich habe dem Parteitag weiter davon Kenntnis zu geben, daß zu unserer Freude nunmehr auch die Delegation aus Italien eingetroffen ist. (Lebhafter Beifall.) Es sind eingetroffen die Genossen *Alberto Simonini*, *Zagari* und *Carlo De Gregorio*. Der Genosse *Simonini* wird nunmehr an den Parteitag eine Ansprache halten.

, *Simonini*, Italien (mit Beifall empfangen), begrüßt den Parteitag in italienischer Sprache.

Dolmetscher: Der Genosse *Simonini* hat eben den Gruß der italienischen sozialistischen Partei, der italienischen Arbeiter, der deutschen Sozialdemokratischen Partei überbracht. Er grüßte alle Anwesenden auf das herzlichste, und er sagte,